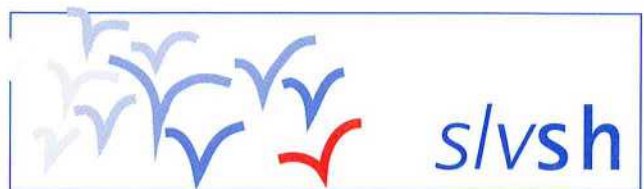


42

Juni 2002



information

Protokolle der

- Mitgliederversammlung s/vsh
- Mitgliederversammlung VSRS
- Mitgliederversammlung s/vsh (neu)

PISA – und kein Ende!?

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Inhalt	
	Seite
Vorwort - <i>M. Doppke</i>	4
Protokoll d. Mitgliederversammlung des slvsh - <i>K.-I. Marquardt</i>	6
Rechenschaftsbericht d. Vorsitzenden des slvsh - <i>M. Doppke</i>	7
Protokoll d. Mitgliederversammlung des VSRS - <i>B. Konetschny</i>	10
Rechenschaftsbericht d. Vorsitzenden des VSRS - <i>H. J. Rickert</i>	11
Schlusswort des Vorsitzenden des VSRS - <i>H. J. Rickert</i>	13
Protokoll d. Mitgliederversammlung des slvsh (neu) - <i>G. Orgis</i>	14
Haushaltsvoranschlag 2002 - <i>H.-P. Drosdatis</i>	16
Erinnerungen an einen großen Tag I – 25. April 2002	18
„Urgesteine“ aus dem Vorstand verabschiedet - <i>M. Doppke</i>	19
Die Geschäftsstelle informiert - <i>K.-I. Marquardt</i>	19
Informationen Nr. 1 - <i>K.-I. Marquardt</i>	20
Fortbildungsangebote des slvsh - <i>M. Böddener</i>	21
Fortbildungsangebote des slvsh - Interessensabfrage	22
Sooo ... sieht der neue Vorstand aus !	23
Gesucht wird: Innovative Schulleitung	24
298. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 23. und 24. Mai 2002 in Eisenach	25
Antworten auf Pisa – hektischer Aktionismus oder in der Ruhe liegt die Kraft - <i>H. Stäcker</i>	32
Stellungnahme zur PISA-Studie - <i>W.-D. Reiche</i>	35
Erfurt – Reaktionen des ASD - <i>H. Körnig</i>	40
Eine Blume für die Lehrer - <i>A. Posener</i>	43
Der slvsh im Internet	45
Werbung des slvsh mit Beitrittsformular	46
Adressen - Vorstand des slvsh	48
Arbeitskreis Stellvertreter - <i>K.-I. Marquardt</i>	49
Die letzte ...? - Das Letzte ! - <i>W. Rossow</i>	50

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei

- Namens-, Schul- oder Privat**adressenänderungen**,
- **Eintritt in den Ruhestand** oder
- **Kontoänderungen**

auch an den slvsh zu denken, und diese entweder der

- **AWU** (Kleine Bahnstr. 6, 22525 Hamburg) oder
- unserer **Geschäftsstelle**

umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und ersparen uns unnötige Kosten und Arbeit !!!

Vorwort

- Michael Doppke -

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der s/vsh ist noch stärker geworden! Nachdem im letzten Jahr auch die Mitgliederversammlung des VSRS ihren Vorstand beauftragt hatte, eine Zusammenführung beider Verbände vorzubereiten, ist dieser Schritt nun am 25. April 2002 vollzogen worden. Aufbauend auf die guten Erfahrungen bei gemeinsamen Aktionen wie dem letzten Schulleiterkongress und der Veranstaltung zur Dialogfassung des Personalentwicklungskonzeptes haben die Vertreter beider Verbände in vielen Sitzungen und auf mehreren Arbeitstagen den Zusammenschluss vorbereitet und einen „neuen“ s/vsh gestaltet. Dies war möglich, weil alle Beteiligten den Willen hatten, eine Lösung zu finden, die die Geschichte und Traditionen beider Verbände berücksichtigt und auf die jeweiligen Stärken aufbaut. Arbeitsprogramm, Struktur, Satzung und das vorgeschlagene Vorstandsteam sind in Rendsburg einstimmig von der Mitgliederversammlung bestätigt worden. Herzlichen Dank für das Vertrauen! Die neue Mannschaft wird nun daran gehen alles nach und nach in gewohnter Qualität umzusetzen.

Die ersten Vorhaben sind ja schon durchgeführt worden: Die Ergebnisse der Arbeitstagung zu PISA und die nochmalige Umfrage zum Fortbildungsbedarf finden Sie in diesem Heft. Auch für ein Gespräch des neuen Vorstandes mit der Ministerin gibt es schon einen Termin. Am 20. Juni werden wir ihr u. a. unsere Vorstellungen über nötige Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie vortragen und mit ihr darüber diskutieren. Im Grundsatz wird es sicher viel Übereinstimmung geben, im Detail und in der Prioritätensetzung werden vermutlich aber deutliche Unterschiede sichtbar sein.

Wir werden auf vielen Ebenen aktiv unsere Position vertreten müssen, um zu erreichen, dass wir nicht von Maßnahmen überrollt werden, deren Wirkung im Wesentlichen auf die öffentlichen Erwartungen und nicht unbedingt immer auf Nutzen und Sinn für die tägliche Praxis in der Schule ausgerichtet sind.

Die Umsetzung nötiger (und unnötiger) inhaltlicher, methodischer und struktureller Veränderungen, wie sie z. Zt. diskutiert werden, kann nur dann nachhaltig flächendeckend gelingen, wenn **deutlich** verbesserte Rahmenbedingungen u.a. bei der Lehrerversorgung und bei der sächlichen Ausstattung den Prozess unterstützen. In Räumen, die gerade so groß sind, dass man 28-30 Schülerinnen und Schüler frontal ausgerichtet eng beieinander sitzend unterbringen kann, lassen sich weder eine Leseecke oder ein PC-Bereich einrichten, noch können Gesprächsrunden oder binnendifferenzierende Maßnahmen wie Stationenlernen, Freiarbeit oder Planarbeit in schülergerechter Form umgesetzt werden. Ähnliches gilt für Fachräume und ihre Ausstattung: Auch der beste Physiklehrer kann nur in einem zeitgemäß eingerichteten Physikraum seine Fähigkeiten voll ausschöpfen. Anders herum: was nützt der tollste Musikraum, wenn der Musikunterricht weitgehend fachfremd unterrichtet wird und es auch nicht gelingt, die vorhandenen ausgebildeten Lehrkräfte durch Versetzungen gerecht zu verteilen.

Auftrag und Mittel sind endlich in Einklang zu bringen!

Ein Höhepunkt in diesem Jahr - auch zum Thema PISA - wird der Schulleiterkongress werden, den der s/vsh in Kooperation mit der Kammergemein-

schaft Nord der IHK am 08. Oktober 2002 im Hotel Mövenpick in Lübeck durchführen wird. Blockieren Sie heute schon den Termin in Ihrem Terminkalender!

Unsere größte Sorge gilt aber der Sicherstellung der Versorgung mit Lehrkräften. Zur Zeit dreht sich das Personenkarussell. Obwohl die Rückmeldung auf unsere Nachfrage bezüglich der Zuweisungsverfahren im letzten Jahr überwiegend positiv war, scheint es in diesem Jahr verstärkt Probleme zu geben. Bitte informieren Sie uns darüber, wie die Situation in Ihrem Bereich ist und welche Ideen Sie ggf. zur Verbesserung haben. Wir bündeln ihre Mitteilungen und geben sie an die verantwortlichen Personen weiter.

Zum Schluss wieder einmal ein Wort in eigener Sache. Die Arbeit des Vorstandes ist in hohem Maße abhängig von der Bereitschaft der Mitglieder, uns zu unterstützen. Jeder kann dazu beitragen, dass wir weiter erfolgreich für Schulleitungsinteressen eintreten können. Dies kann auf vielfältige Weise geschehen:

Wir brauchen u.a.

- Informationen über alles, was Sie in Ihrer Arbeit ärgert oder freut, damit wir ihre Interessen kennen und weitergeben können.
- Mitglieder, die neue Mitglieder werben (auch in Ihrer Nähe gibt es bestimmt neu gewählte Kolleginnen und Kollegen). Sprechen Sie diese

bitte an, nehmen Sie sie zu Veranstaltungen mit –

wer keine Werbung treiben mag, der möge bitte die Geschäftsstelle über die Existenz der neuen Schulleiterkollegin bzw. des neuen Schulleiterkollegen informieren!

- Kolleginnen und Kollegen, die Artikel für die Zeitschrift verfassen (Ihre Meinung oder Ihre Tipps sind wichtig!).
- Experten / Berater für unterschiedlichste Themenbereiche der Schulleitungsarbeit, die ihre Erfahrungen und Kenntnisse bei Anhörungen, Veranstaltungen oder als Beitrag in der s/vsh-information einbringen.
- Personen, die bereit sind, sich in die Vorstandsaufgaben aktiv einzubringen und vielleicht auch einmal Verantwortung zu übernehmen.
- Anregungen, Ideen und konstruktive Kritik für unsere Arbeit.

Der s/vsh hat nun über 500 Mitglieder und ist zu einem der bedeutendsten Verbände in der schulpolitischen Landschaft Schleswig-Holsteins geworden. Helfen Sie mit, dass wir diese Position weiter ausbauen können.

Erholungs Sommerferien wünscht Ihnen

Ihr

Michael Doppke

Protokoll der Mitgliederversammlung des s/vsh vom 25. April 2002 im Hotel Conventgarten in Rendsburg

- Klaus-Ingo Marquardt -

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Der Vorsitzende, Michael Doppke, eröffnet die Mitgliederversammlung und begrüßt die Mitglieder. Er schlägt Uwe Koch zum Versammlungsleiter vor. Diesem Vorschlag wird einstimmig entsprochen.

1. Bericht des Vorsitzenden

Der Bericht von Michael Doppke ist in der Zeitung zu finden. Wesentliche Arbeitsschwerpunkte waren:

- **PE-Konzept**
- **Nachfolgeregelungen für Ausgleichsstundenerlass**
- **Arbeitszeit Lehrer**
- **Unterrichtsversorgung**
- **Kongress zum 10-jährigen Bestehen**
- **Abschluss der Zusammenführung s/vsh und VSRS**

◇ Es fanden zwei intensive Gespräche mit der Ministerin und viele Gespräche mit ihren Mitarbeitern statt. Wir werden dabei schon im Vorfeld von Entscheidungen gehört.

◇ Die Zeitung ist unser Aushängeschild und in seiner Wirkung gar nicht hoch genug einzuschätzen. Der ganz besondere Dank gilt deshalb Walter Rossow, der die Arbeit nahezu allein bewältigt. In Zukunft wird ihm Ragna Bordel dabei helfen.

◇ Für Rechtsfragen war bisher Friedrich Jeschke zuständig. Diese Aufgaben wird in Zukunft Karl-Heinz Werner aus Elmshorn übernehmen.

◇ Am 8. Oktober 2002 wird in Lübeck ein Kongress unter dem Motto veranstaltet:

Gute Zeiten – Schlechte Zeiten

Wohin entwickelt sich die
PISA-Generation?

Nähere Informationen folgen zu gegebener Zeit.

◇ Das Thema Fortbildung wird im Verband wieder stärker in den Vordergrund treten. Mit der Einladung zur PISA-Veranstaltung am 29. Mai 2002 wird ein Fragebogen zur Fortbildung an die Mitglieder gegeben.

2. Kassenbericht

Schatzmeister Hans-Peter Drosdatis erstattet nach 11jähriger Tätigkeit seinen letzten Kassenbericht. Er weist auf die gute Kassenlage und die sparsame Verwendung der Mitgliedsbeiträge hin. Die Vereinigung mit dem VSRS war von Anbeginn sein erklärtes Ziel und er äußert seine Befriedigung über die heute abgeschlossene Entwicklung.

3. Kassenprüfung

Die Kassenprüfer Reinhard Einfeldt und Dirk Lüken haben am 8.4.2002 die Kasse geprüft. Es gab keine Beanstandungen und sie beantragen die Entlastung des Vorstands.

4. Entlastung des Vorstands

Der Antrag der Kassenprüfer auf Entlastung wird bei Enthaltung des Vorstands einstimmig angenommen.

5. Ehrungen

- Magda Sorour wird für ihre Arbeit für den s/vsh von Michael Doppke mit einem Blumenstrauß geehrt.
- Uwe Koch wird wegen seiner langjährigen Arbeit für den s/vsh zum Ehrenmitglied ernannt. Zum Dank erhält er einen Blumenstrauß und einen wertvollen Füllhalter.

Uwe Koch hat sich u. a. durch seine Karikaturen ein unvergessliches „Denkmal“ gesetzt.

- Hans-Peter Drosdatis wird wegen seiner langjährigen Arbeit für den s/vsh zum Ehrenmitglied ernannt. Zum Dank erhält er einen Blumenstrauß und einen wertvollen Füllhalter. Hans-Peter Drosdatis hat mehr als 11 Jahre die Kasse geführt.
- Paul Kniebusch wird wegen seiner langjährigen Arbeit für den s/vsh zum Ehrenmitglied ernannt. Zum

Dank erhält er einen Blumenstrauß und einen wertvollen Füllhalter.

Paul Kniebusch war als Geschäftsführer Dreh- und Angelpunkt der Verbandsarbeit.

Alle Geehrten stehen dem s/vsh auch weiterhin zur Verfügung.

Das vorstehende Protokoll gilt als genehmigt, wenn nicht bis zum 30. August 2002 schriftlich bei der Geschäftsstelle dagegen Einspruch eingelegt worden ist !

Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden des s/vsh

- Michael Doppke -

Im Folgenden berichte ich zusammenfassend über die Aktivitäten des Vorstandes über die Rechenschaftsjahre 2000 / 2001 hinaus bis zum März 2002.

Themen:

Sechs Schwerpunkte haben die Arbeit in diesem Zeitraum geprägt:

1. Der Ausgleichstundenerlass
2. Arbeitszeitmodelle für den Schulbereich
3. Das Personalentwicklungskonzept
4. Integration
5. Das Jubiläum
6. Die Zusammenführung mit dem VSRS

Hier konnten zum ersten Mal messbare Erfolge erzielt werden:

- Es konnte erreicht werden, dass **Leitung als Hauptaufgabe von Schulleiterinnen und Schulleitern eingestuft wird. Dies ist einzigartig im gesamten Bundesgebiet! Damit einher geht eine Erhöhung der Leitungszeit. Leider trifft dies nicht für die berufsbildenden Schulen zu und auch die Stellvertreterinnen und Stellvertreter**

aller Schularten blieben ohne Gewinn. Hier müssen wir weiter argumentieren und überzeugen!

- **Der Erlass zur Personalentwicklung ist fast so wie wir ihn mehrheitlich für vertretbar und sinnvoll halten.**
- **Die Kooperation mit dem VSRS mündet in einen Zusammenschluss zu einem noch stärkeren s/vsh.**

Um die Aufgaben in diesen und anderen Arbeitsgebieten des Verbandes zu erfüllen, waren die Vorstandsmitglieder auf vielfältige Weise aktiv:

Vorstandssitzungen

Der Vorstand hat regelmäßig getagt, um die Arbeit des Verbandes inhaltlich und organisatorisch zu planen:

- 10 Vorstandssitzungen und
- 3 Arbeitstagungen wurden durchgeführt.

In der Regel fanden die Sitzungen nachmittags in der Woche statt, aber auch ganztägig / mehrtägig an Wochenenden und in den Ferien. An den Sitzungen nahmen neben den gewählten Vorstandsmitgliedern je nach

Tagesordnung auch Berater teil. Gerade diese brachten oft entscheidende Aspekte und Perspektiven mit ein. Ich würde mich freuen, wenn wir diesen Beraterstamm noch erweitern könnten, auch um die eine oder den anderen dauerhaft für die Vorstandsarbeit zu gewinnen.

Veranstaltungen / Aktionen

Die Kongresse des s/vsh sind inzwischen zu einem Markenzeichen geworden. Die steigende Teilnehmerzahl und das Interesse außerhalb des Verbandes zeigen dies deutlich. „Traumjob Schulleiter“ war die bisher am besten besuchte Veranstaltung.

Die Aktion „Schulleiterwald“ vor einem Jahr war öffentlichkeitswirksam (TV und Printmedien haben angemessen berichtet) und hat zur Imagepflege einen guten Beitrag geleistet. Die Arbeitstagung zum PE-Konzept war eine gute Grundlage für unsere Mitwirkung bei der Gestaltung des Erlasses.

Unser **Jubiläum** war ein Höhepunkt in der Arbeit des Verbandes; dies zeigen die Rückmeldungen der Mitglieder und vieler Gäste. Mein besonderer Dank und meine Bewunderung gilt nochmals Herrn Prof. Dr. Driftmann, der - trotz eines schweren Unfalls (Totalschaden an seinem Fahrzeug) auf dem Weg zu unserer Veranstaltung - gekommen ist und seinen Vortrag gehalten hat.

Arbeitskreise

Die bestehenden Arbeitskreise „**Kleine Schule**“ (neue Leiterin ist Frau Franz aus Sparrieshoop, da Frau Rackwitz pensioniert wurde) und „**Stellvertreter**“ haben weiter getagt. Auch der „Club der Pensionäre“ (Friedrich Jeschke) trifft sich ein bis zweimal im Jahr. Wenn der Wunsch besteht, können gerne weitere Themen- oder Gruppenarbeitskreise entstehen. Es muss „nur“ jemand dazu bereit sein, die Leitung zu übernehmen.

Der AK „**Integration**“ hat konzeptionell gearbeitet und seine Arbeit mit der

Erstellung von Kernforderungen fortsetzen und diese der Ministerin vortragen können.

Fortbildungen

Verbandseigene Fortbildungen fanden wegen fehlender Nachfrage nicht statt. In der letzten Zeit zeigte sich, dass wieder Angebote gewünscht werden. Wir werden mit dem neuen Vorstand ein Konzept entwickeln.

Gespräche

Ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit sind Gespräche auf allen Ebenen des Ministeriums und mit allen relevanten Gruppen in und um Schule. So treffen wir uns mindestens einmal im Jahr mit der *Ministerin und / oder dem Staatssekretär*. Darüber hinaus gibt es sehr viele Kontakte und Termine mit Abteilungsleiterinnen und Referentinnen. Ebenso tragen wir unsere Anliegen regelmäßig den schulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der *Parteien* vor. Diesen immer in sachlich konstruktiver Art geführten Gesprächen ist es zu verdanken, dass nun endlich alle Schulleiterinnen und Schulleiter den Titel Rektor tragen können. Es sind inzwischen so viele Ansprechpartner, dass wir zeitlich und personell nicht immer nachkommen können. Gezielte Gesprächsrunden u.a. mit den Elternvertretungen, dem IPTS, Verbänden und Gewerkschaften und den kommunalen Spitzenverbänden konnten so im letzten Jahr nicht organisiert werden. Die bestehenden Kontakte wurden aber am Rande von Veranstaltungen weiter gepflegt.

Teilnahme an Veranstaltungen

Vertreter oder Vertreterinnen des s/vsh werden zu vielen Veranstaltungen als Gäste oder Diskussionsteilnehmer eingeladen. Das waren u.a. die GEW, der Philologenverband, der VdR, der VdS, Wirtschaftsverbände, die IHK sowie Podiumsdiskussionen diverser Veranstalter in der Region zu unterschiedli-

chen Themen. In Vorträgen z. B. auf einem Bürgermeisterseminar, bei Fortbildungen für Lehrkräfte oder bei den Kommunalen Spitzenverbänden hatten wir Gelegenheit, unsere Positionen darzustellen.

Expertenfunktion

Stark ausgeweitet hat sich die Nachfrage nach Sachkompetenz aus dem s/vsh. Vor allem der erste Vorsitzende, aber auch andere Mitglieder des Vorstandes wurden in Arbeitskreise des Ministeriums und der kommunalen Spitzenverbände berufen (Themen: Personalentwicklungskonzept Schule, Ausgleichsstunden, Arbeitszeit Schulleitung und Lehrkräfte, ...). So konnten wir weiter schon im Vorfeld von Entscheidungen die Erfahrungen und Erfordernisse von Schulleitungen mit einbringen und zumindest die Richtung von Entwicklungen mit beeinflussen.

Anhörungen

Olaf Peters und sein Team konnten Stellungnahmen zu verschiedenen Gesetzesvorlagen erarbeiten. Viele davon waren sehr speziell und betrafen unsere Belange nur wenig oder gar nicht. Trotzdem sind wir froh darüber, dass wir zu allen Themen als Verband gehört werden. Einige Anhörungen wurden in enger Zusammenarbeit oder sogar in Absprache mit dem VSRS erstellt (z. B. PE-Konzept).

Rechtsberatung

Stark gestiegen ist auch der Bedarf an Rechtsberatung, sowohl grundsätzlicher Art als auch in Einzelfällen. Hier konnte Friedrich Jeschke manchem

Kollegen / mancher Kollegin mit Rat und Tat zur Seite stehen und einigen auch ganz konkret zu ihrem Recht verhelfen. Dieser Bereich sollte weiter ausgebaut werden. Der Kollege Karl-Heinz Werner wird sich in die Thematik einarbeiten und diese Aufgabe nach und nach übernehmen.

Öffentlichkeitsarbeit / Information

Die Mitgliederzeitung ist nach wie vor unser wichtigstes Informationsmedium. Die Erstellung kostet viel Energie und lastet zur Zeit allein auf den Schultern von Walter Rossow. Frau Bordel wird ihn in Zukunft dabei unterstützen.

Unsere homepage (www.slvsh.de) wird weiter von Uwe Niekel gepflegt. Sie hat zunehmend Bedeutung bekommen. Immer mehr Nutzer rufen die Seiten ab.

Kooperation / Zusammenführung mit dem VSRS

Die Vorstände beider Verbände haben gemeinsam Veranstaltungen geplant und durchgeführt. Aufgrund der positiven Erfahrungen dabei ist aus der Kooperation heraus die Zielsetzung eines Zusammenschlusses erwachsen. Beide Mitgliederversammlungen haben den Auftrag erteilt, dies zügig umzusetzen. Mit dem heutigen Tag wird es einen „neuen“ s/vsh geben. Auf der heute sich anschließenden, ersten gemeinsamen Mitgliederversammlung werden wir nachher einen Vorstand wählen, der das gemeinsam erarbeitete Arbeitsprogramm umsetzen wird. Hierzu ist es nötig gewesen, die Satzung anzupassen.

Protokoll der Mitgliederversammlung des VSRS vom 25. April 2002 im Hotel Conventgarten in Rendsburg

- Bodo Konetschny -

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 16.15 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Wahl eines Versammlungsleiters / einer Versammlungsleiterin
3. Bericht des Vorsitzenden, anschließend Aussprache
4. Bericht des Kassenführers und der Kassenprüfer, anschließend Aussprache
5. Entlastung des Vorstandes
6. Aussprache und Beschlussfassung über den folgenden Antrag:
„Zusammenschluss des VSRS mit dem s/vsh zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. (s/vsh)“
7. Schlussworte

zu TOP 1:

Herr Rickert begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Versammlung

zu TOP 2:

Zum Versammlungsleiter wird Herr Quedzuweit gewählt.

zu TOP 3:

Der Bericht des Vorsitzenden ist in der Anlage beigelegt. Für eine Aussprache gab es keinen Bedarf.

zu TOP 4:

Der Kassenführer gab erklärende Hinweise zum Kassenstand und zu der

Frage der Überleitung des Vermögens in den neuen s/vsh. Der den Bericht erstattende Kassenprüfer lobte die außerordentlich gewissenhafte und übersichtliche Kassenführung des Kassenführers. Es gab keinerlei Beanstandungen. Es fand nur eine kurze Aussprache statt.

zu TOP 5:

Der Vorstand wurde bei Enthaltung seiner Mitglieder entlastet.

zu TOP 6:

Herr Rickert verweist auf das Rundschreiben an alle Mitglieder vom 5. Februar 2002, das auch in der s/vsh-information Nr. 41 abgedruckt ist und geht noch einmal auf die wesentlichen Aussagen darin ein. Auch hier war nur ein sehr geringer Bedarf an Aussprache zu verzeichnen. Der im Wortlaut in der Tagesordnung aufgeführte Antrag wurde einstimmig angenommen.

zu TOP 7:

Im Schlusswort geht Herr Rickert auf die Entstehung und weitere Entwicklung des VSRS ein. Der Wortlaut ist als Anlage beigelegt.

Das vorstehende Protokoll gilt als genehmigt, wenn nicht bis zum 30. August 2002 schriftlich bei der Geschäftsstelle dagegen Einspruch eingelegt worden ist !

Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden des VSRS

über den Zeitraum vom 21. 06. 2001 bis zum 25. 04. 2002

- Hans Jörg Rickert -

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ein arbeitsreiches und letztlich auch erfolgreiches Jahr - so sehe ich es - liegt hinter der Arbeit in unserem und für unseren Verband der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen des Landes Schleswig-Holstein, kurz: VSRS.

Ihnen allen danke ich als Vorsitzender für die kollegiale Zusammenarbeit in einem weiteren Jahr, für die selbstverständliche Unterstützung und die praktizierte Solidarität untereinander. Insbesondere richtet sich dieser Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Vorstand und an diejenigen, mit denen ich im Laufe des Jahres Informationen ausgetauscht habe bzw. die ich oder die mich um Informationen gebeten haben.

Mit der Leitung einer Schule Verantwortung übernommen zu haben, ist eine dankbare und zugleich schwierige Aufgabe. Da ist es gut zu wissen, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, mit denen man sich austauschen darf und kann. Ich habe mich immer gefreut, wenn ich in den unterschiedlichsten Situationen - Probezeit, Abendrealschulen, Sachfragen, Personalfragen - Ihr Gesprächspartner sein durfte.

Die letzte Mitgliederversammlung war am 20. Juni 2001 in Tannenfelde und hat schwerpunktmäßig unsere Arbeit bestimmt.

Stellungnahmen zu Entwürfen von Verordnungen und Erlassen

sind abgegeben worden in Abstimmung mit dem Vorstand und mit Information bzw. Einbeziehung des erweiterten Vorstandes:

- Änderung der Lehrerlaufbahnverordnung (14.10.2001)
- Schriftliche Antwort (Ich habe mich dafür am 23. 11. 2001 telefonisch bedankt)
- Richtlinie für Schulausflüge und Schulpartnerschaftsbegegnungen (18. 10. 2001)
- Erlass über die regelmäßige Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte (18. 10. 2001)
- Landesverordnung zur Aufhebung der Abendrealschulordnung (05. 01. 2002)
- Vorgespräche durch und mit Frau Ministerialrätin Böhrs
- Konzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Schleswig-Holstein (13. 01. 2002)
- Personalentwicklung im Schulbereich (06. 03. 2002)
- Neufassung des Erlasses zur Verkehrserziehung u. Schulwegsicherung (27. 03. 2002)

Zusammenarbeit mit dem Ministerium

Gemeinsam mit dem s/vsh hat am 20. Juli 2001 ein Gespräch mit der Ministerin stattgefunden. Schwerpunkte waren der Erlass zum schulischen Zeitbudget und der Entwurf für das Personalentwicklungskonzept. Wir haben wieder auf die für Schulleitung zu erhöhende erforderliche Leitungszeit hingewiesen, wenn hier für alle erfolgreich gearbeitet werden soll. Es wird sicher ein langwieriger Prozess werden und bedarf weiterhin stetiger Arbeit unsererseits in dieser Angelegenheit. Das von uns gemeinsam mit dem s/vsh erarbeitete Leitungszeitkonzept - Sie erinnern den Kongress vom Oktober 2000 in Rendsburg - ist bundesweit Grundlage geworden im ASD, dem Allgemeinen Schulleitungsverband Deutschlands.

Zusammenarbeit mit der Abteilung Gruppe Realschulen

Die Zusammenarbeit funktioniert, Telefonate sind jederzeit möglich und erwünscht und Informationen erfolgen wechselseitig. Allerdings ist die Personaldecke mit Frau Böhrs und Herrn Tästensen sehr dünn. Man freut sich dort insbesondere auch über jegliche Unterstützung unsererseits.

Zusammenarbeit mit der Studien- und Fördergesellschaft der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft (Tannenfelde)

Wir können uns glücklich schätzen, diesen Partner zu haben. Die Einladungen zu unserer Jahrestagung sind versandt, die Anmeldungen laufen noch, und wir erwarten eine interessante und für unsere tägliche Arbeit ertragreiche Arbeitstagung am 15./16. Mai in Tannenfelde.

Ich habe deswegen in Tannenfelde mit Herrn Spöemann und Frau Clasen im Dezember Vorgespräche geführt, mit Frau Casper am 2. April das Organisatorische besprochen und mit Herrn Grunwald, dem für uns vorgesehenen Trainer im Vorwege am 5. März ein für ihn über uns informatives Telefonat geführt.

Vorstandsarbeit

Die Vorstandsarbeit war im Wesentlichen geprägt von der Ausführung des Beschlusses der letzten Mitgliederversammlung bezüglich der Zusammenarbeit bzw. des Zusammenschlusses mit dem s/vsh. Vom 25. Oktober 2001 bis zum 21. März 2002 haben Gremien beider Verbände miteinander und untereinander tüchtig gearbeitet. Mit dem erweiterten Vorstand haben wir unsere Arbeit erörtert und abgesprochen, wie es auf der Mitgliederversammlung vereinbart worden ist.

Chronologie

16.10.01 Sitzung des erweiterten Vorstandes in Bad Bramstedt

25.10.01 Sitzung von Vorstandsmitgliedern beider Verbände in Itzehoe

7./8.12.01 1. Arbeitstagung von Mitgliedern beider Verbände in Büdelsdorf

03.01.02 2. Arbeitstagung von Vorstandsmitgliedern beider Verbände in Schenefeld / IZ

30.01.02 Sitzung des erweiterten Vorstandes in Bad Bramstedt

02.02.02 3. Arbeitstagung von Mitgliedern beider Verbände in Rendsburg

21.03.02 4. Arbeitstagung von Mitgliedern beider Verbände in Rendsburg (mögliche Vorstandsmitglieder des neuen s/vsh)

15.04.02 Sitzung des engeren Vorstandes in Bad Bramstedt

Über die Ergebnisse unserer Arbeit habe ich Sie mit dem Rundschreiben vom 05. Februar 2002 an alle Mitglieder und sind Sie durch die s/vsh-information Nr. 41 unterrichtet.

Sonstiges

Anlässlich des Festaktes am 06. November 2001 zum 10jährigen Bestehen des s/vsh habe ich für unseren Verband ein Grußwort sprechen können. Teilgenommen habe ich außerdem am 08. November 2001 in Kiel an einer Tagung zum Thema "Gender Mainstreaming" und an der PISA-Auftaktveranstaltung am 08. Februar 2002 im Kieler Schloss.

Zusammenfassung

Ich denke, Ihnen damit einen Überblick gegeben zu haben über ein in der Summe überaus arbeitsreiches Jahr. Ich hoffe, dass der Vorstand mit seiner Arbeit Ihren Erwartungen gerecht geworden ist. Wir hätten manches sicher noch besser gestalten können, aber auch uns hat manchmal die Zeit für noch gründlichere Arbeit gefehlt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Schlusswort des Vorsitzenden des VSRS

- Hans Jörg Rickert -

Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Der Worte sind genug gewechselt,
Laßt mich auch endlich Taten sehn!
Indes ihr Komplimente drechselt,
Kann etwas Nützliches geschehn.
Was hilft es, viel von Stimmung reden?
Dem Zaudernden erscheint sie nie.

So der Direktor in Goethes Faust im
Vorspiel auf dem Theater.

Ich denke, wir haben in unserem Ver-
band nicht gezauert, wir haben in un-
serem Verband zu jeder Zeit die rich-
tigen Schritte zu tun gewagt.

1967 waren es die Direktoren der Mittel-
schulen des Landes und der Aufbau-
züge, die zusammengekommen wa-
ren, um der "Realschule" und den "Re-
alschulzügen" an den ländlichen
Grund- und Hauptschulen Profil zu ver-
leihen und unabhängig von der Regie-
rung und der Kultusverwaltung unsere
Schulart weiter zu entwickeln und die
Erfordernisse der Zeit aufzunehmen.

Kollege Engling aus Plön war Motor
und erster Vorsitzender der Landesar-
beitsgemeinschaft. Über ihn bin wie
viele andere auch ich Mitglied gewor-
den.

1968 wurden die Richtlinien für die
Lehrpläne der Realschulen des Landes
Schleswig-Holstein in gebundener
Form veröffentlicht (blau-weiß).

1978 wurde die Wahlpflichtfachdiffe-
renzierung per Erlass Pflicht für alle
Realschulen.

Unser ehemaliger Abteilungsleiter
Scheer hatte als Schulleiter der Real-
schule Westerland wesentlichen Anteil
daran.

In den 80er Jahren war es unsere
LAG, die mit der Abteilung Realschu-
len des Ministeriums eine konstruktive
und erfolgreiche Zusammenarbeit ge-

pfllegt hat. Das war partnerschaftliche
Kooperation mit Signalwirkungen für
unsere Schulart und hat dadurch auch
den Realschulen die Resonanz gege-
ben.

Kollege Wilm aus Rendsburg war zu
der Zeit unser Vorsitzender.

Die politische Landschaft in unserem
Land veränderte sich. Andere Schul-
formen waren gewollt. Die LAG war
kein pflichtgemäßer Gesprächspartner
und wurde weniger gefragt, geschwei-
ge gehört.

Am 19. März 1991 im Haus des Sports
im Winterbeker Weg in Kiel wurde aus
der LAG unser jetziger Verband. Kolle-
ge Reiche aus Owschlag war Vorsit-
zender. Nun mussten wir gehört wer-
den und wurden allmählich auch wie-
der gefragt.

Unterzeichnet war das Original unserer
Satzung von der Kollegin Angelika
Schmidt-Durdaut (Viöl) und den Kolle-
gen Wolf-Dieter Reiche (Owschlag),
Wilfried Burkhardt (Reinfeld), Helmut
Fries (Geesthacht), Heinz-Bertold Kal-
lenbach (Todenbüttel), Hartmut Qued-
zuweit (Lübeck), Rolf Zander (Wedel),
Bodo Konetschny (Flensburg), Man-
fred Helmert (Preetz).

1993 wählten wir Rolf Zander zu unse-
rem Vorsitzenden und seit 1994 war
ich bei den Gesprächen im Ministerium
als Vorstandsmitglied dabei.

Kollege Zander brachte die Satzung
auf den richtigen Weg, sorgte für eine
Geschäftsordnung, machte uns im Mi-
nisterium wieder zum geachteten Part-
ner, und wir besannen uns auf die we-
sentlichen Aufgaben unseres Verban-
des.

Der KLAUS-Erlass ließ Verbände stär-
ker zusammenrücken, aber das war
noch nicht professionell genug. Mit
dem s/vsh bahnte sich eine Zusan-

menarbeit an. Wir verstärkten sie, erkannten unsere Möglichkeiten und unsere Schwächen. Am 22. Februar 2000 führte der erweiterte Vorstand unter Leitung von Kollegen Jacoby in Bad Bramstedt eine Analyse (SWOT - Stärken, Schwächen, Gelegenheiten, Bedrohungen), eine Art Standortbestimmung durch. Im Herbst 2000 hatten wir unseren ersten Kongress mit dem s/vsh. Die Zusammenarbeit verdichtete sich.

Und heute stehen wir am Beginn einer neuen Arbeitsphase zur Fortsetzung unserer konstruktiven und in Kollegiali-

tät bewährten Arbeit im Arbeitskreis Realschule als satzungsgemäßes Organ des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein.

Ich war gerne Ihr Sprecher. Auch ein wenig Wehmut ist dabei, aber ich bin mir auch in Zukunft unserer Kollegialität sicher und weiß uns in Solidarität verbunden. Mögen wir als Mitglieder im s/vsh uns dieses bewahren und pflegen zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler in unserer und auch den anderen Schularten und nicht zuletzt um unserer Arbeitszufriedenheit willen.

Protokoll der Mitgliederversammlung des s/vsh („neu“) vom 25. April 2002 im Hotel Conventgarten in Rendsburg

- Günter Orgis -

Anwesende: s. Anwesenheitsliste

Beginn: 15.40 Uhr

Ende: 16.45 Uhr

Tagesordnung:

1. Zusammenschluss des VSRS und des s/vsh
2. Satzung
3. Haushaltsvoranschlag 2002
4. Vorstandswahlen
5. Diskussion des Arbeitsprogramms 2002 des s/vsh
6. Verschiedenes

zu TOP 1:

Herr Rickert teilt der Versammlung den einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung des VSRS zu folgendem Antrag mit:

Zusammenschluss des VSRS mit dem s/vsh zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. (s/vsh) und Überleitung des VSRS mit seinen Mitgliedern und dem vorhandenen Vermögen in

den Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh).

zu TOP 2:

Zwei Änderungsvorschläge zur Satzung werden einstimmig beschlossen:

- In § 7, Nr. 2 soll als zweiter Satz ergänzt werden: Der Vorstand führt die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Vorstandes weiter.

- § 5 soll lauten: 1. Organe des s/vsh sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand. 2. Auf Beschluss des Vorstandes können Arbeitskreise mit besonderen Aufgaben eingerichtet werden, die den Vorstand beraten.

zu TOP 3:

Hans-Peter Drosdatis trägt den Haushaltsentwurf für 2002 vor (s. Anlage) und appelliert zur Sparsamkeit. Der Entwurf wird einstimmig beschlossen.

Als Kassenprüfer werden gewählt: Karl Heinz Werner und Dirk Lücken.

zu TOP 4:

Die Wahlen zum Vorstand finden offen in Einzelabstimmung statt.

Vorsitzender: Michael Doppke, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

stellv. Vorsitzende: Maren Böddener, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

stellv. Vorsitzender: Walter Rossow, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

stellv. Vorsitzender: Hans Jörg Rickert, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Geschäftsführer: Klaus-Ingo Marquardt, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Schatzmeister: Reinhard Einfeldt, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Schriftführer: Günter Orgis, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Beisitzer: Rolf Jacoby, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Beisitzer: Hans Stäcker, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Beisitzer: Olaf Peters, einstimmig gewählt,

Beisitzer: Manfred Helmert, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt,

Beisitzer: Ragna Bordel, einstimmig gewählt,

Beisitzer: Nora Siegmund, bei einer Enthaltung einstimmig gewählt.

Herr Doppke bedankt sich für die Wahl und betont das durch den Zusammenschluss vermehrte Gewicht, das der s/vsh haben wird. Ziel ist es, Schulleiterinnen und Schulleiter aller Schularten im s/vsh zu organisieren.

zu TOP 5:

Zum Arbeitsprogramm, das in der s/vsh-information Nr. 41 abgedruckt

ist, werden keine Nachfragen gestellt. Ergänzungswünsche werden geäußert:

- Die Besoldungsanpassung der Gehälter von Konrektorinnen und Konrektoren soll zeitnah zur Übernahme der Aufgaben erfolgen.

- Die Veränderung des Gymnasiums hin zu einem Abitur nach 12 Jahren hat Auswirkungen auf alle weiterführenden Schulen.

- Altersteilzeit.

- Anfragen an das Landesbesoldungssamt.

Herr Doppke erklärt, dass diese Themen am 20. Juni 2002 bei einem Gespräch mit der Ministerin vorgelegt werden.

zu TOP 6:

- Am 29. Mai 2002 findet in Rendsburg im Conventgarten eine Arbeitstagung zum Thema „PISA“ statt.

- Am 8. Oktober 2002 wird zusammen mit der Industrie- und Handelskammer Nord in Lübeck im Hotel Möwenpick ein Kongress stattfinden.

- Michael Doppke dankt Paul Kniebusch, der aus der Vorstandsarbeit ausgeschieden ist und ernennt ihn zum Ehrenmitglied.

- Walter Rossow wiederholt seine Aufforderung, für die Mitgliederzeitung Berichte verschiedenster Art zu schreiben. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 31. Mai 2002.

- Hans Jörg Rickert betont in einem Schlusswort das Ziel, gemeinsam in einem starken Verband erfolgreiche Arbeit leisten zu wollen. Die aktive Mitarbeit aller Mitglieder ist dazu nötig.

Das vorstehende Protokoll gilt als genehmigt, wenn nicht bis zum 30. August 2002 schriftlich bei der Geschäftsstelle dagegen Einspruch eingelegt worden ist !

Haushaltsvoranschlag 2002

<u>Einnahmen:</u>	SLVSH	VSRS
1. Beiträge	24.000 Euro	2.500 Euro
2. Werbung	4.500 Euro	
3. Zinsen	500 Euro	
4. Kassenbestand	5.000 Euro	3.500 Euro
Summe:	34.000 Euro	6.000 Euro

Gesamtvolumen nach Fusion: 40.000 Euro

<u>Ausgaben</u>		
1. Anschaffungen	1.500 Euro	300 Euro
2. Mitglieder/Kongress/ Veranstaltungen	9.000 Euro	1.500 Euro
3. Fortbildung	2.000 Euro	300 Euro
4.a) Geschäftsstelle	2.000 Euro	300 Euro
b) Zeitung	10.000 Euro	1.800 Euro
c) Finanzämter	1.000 Euro	300 Euro
5. Vorstand	6.000 Euro	1.200 Euro
6. ASD	1.500 Euro	300 Euro
7. Inventar/Unterhaltung	500 Euro	
8. Sonstiges	500 Euro	
Summe:	34.000 Euro	6.000 Euro

Gesamtausgaben: 40.000 Euro

Bad Bramstedt, 18.04.2002


aufgestellt: Hans-Peter Drosdatis
- Kassierer -

weba

Westenhöfer & Back GmbH

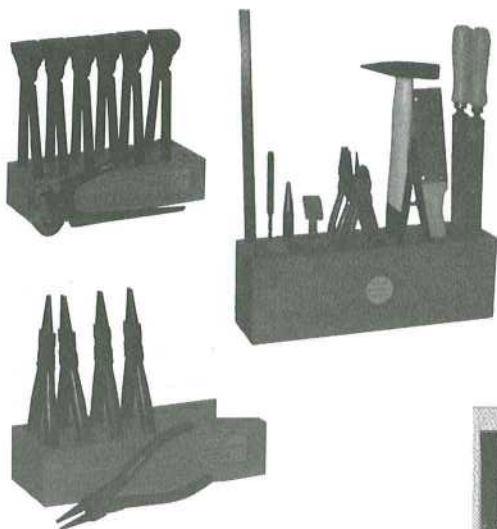
Panoramweg 6
69429 Waldbrunn
Tel. 06274/9278-0
Fax: 06274/9278-29
www.info@weba-tuwas.de

**fachraumausstattung
technische medien
modellbau**

Brettschneider-Lehrmittel

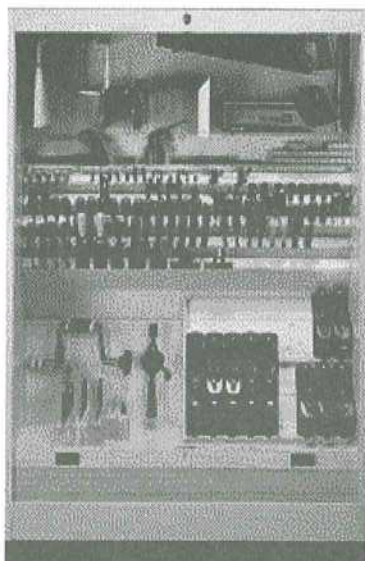
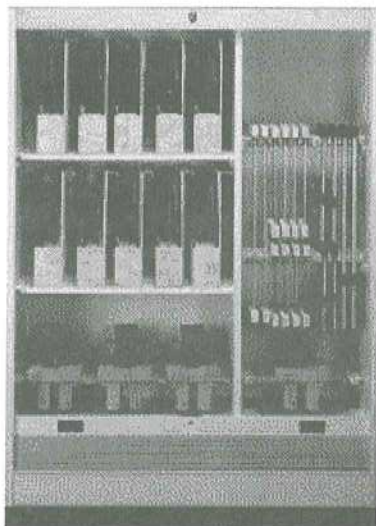
Von-dem-Hagen-Weg 46
24536 Neumünster

Tel.: 04321/38887 Fax: 04321/38770



Fortschritt durch Innovation

**WENN WIR GEHEN,
KÖNNEN SIE UNTERRICHTEN**



**NEU
Aufsatz-
Schränk**



LERVAD

Kompetenz und Erfahrung in Bezug auf
Werkraum- Planung und -Einrichtung kombiniert
mit pädagogisch anspruchsvollem und qualitativ
hochwertigem Werkraummöbel und Zubehör wie
Werkzeuge und Werkzeugaufbewahrungssysteme

Ihre Partner

weba **Westenhöfer & Back GmbH**

Brettschneider-Lehrmittel

**Wir erstellen Ihnen unverbindlich, ein auf Sie
individuell zugeschnittenes Angebot.
Fordern Sie auch unverbindlich unseren
Lervard Gesamtkatalog und den Weba
Werkzeugkatalog an.**

NEU



ERINNERUNGEN AN EINEN GROßEN TAG I
- 25. April 2002 -



„Urgesteine“ aus dem Vorstand verabschiedet

- Michael Doppke -

Auf der Mitgliederversammlung am 25.04.2002 wurden drei verdiente Vorstandsmitglieder verabschiedet und zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Hans-Peter Drosdatis, Uwe Koch und Paul Kniebusch waren seit der Gründung in unterschiedlichen Aufgabenbereichen für den Vorstand des s/vsh tätig. Im Namen aller Mitglieder möchte ich mich bei ihnen herzlich alles bedanken, was sie für den Verband getan haben.

Danke Hans-Peter !

- dafür, dass du unsere Kasse immer gut verwaltet hast.
- für die mahnenden Worte, wenn der Kostenrahmen für Vorhaben und die Kassenlage sich einmal nicht vertrugen.
- für deine humorigen Beiträge in den Vorstandssitzungen.
- dass du, wenn nötig, den Praxisbezug bei Diskussionen eingefordert hast.
- dass du dich nie hast verbiegen lassen.

Danke Uwe !

- für die tollen Karikaturen, die unsere Zeitschrift belebt haben.
- für die Gestaltung der Einladungen zu den Kongressen.
- dass du lange Zeit trotz hoher familiärer Belastung im Vorstand weiter aktiv warst.

- für deine sachkundige Moderation der Mitgliederversammlungen.
- dafür, dass du durch dein „honorarges“ Auftreten u.a. bei Gesprächen mit der Ministerin und den Parteien Pluspunkte für uns gesammelt hast.

Danke Paul !

- für eine vorbildliche Geschäftsführung im Verband.
- für deine kritischen Nachfragen bei richtungsweisenden Diskussionen im Vorstand.
- dafür, dass du uns oft dazu gebracht hast pragmatische Lösungen anzugehen und nicht „abzuheben“.
- für dein Organisationstalent, insbesondere bei der Umstellung / Einrichtung der Mitgliederverwaltung und bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen.
- für die vielen beratenden Gespräche.

Allen drei danke ich persönlich für viele nette gemeinsame Stunden, die dazu beigetragen haben, dass mehr als eine Arbeitsbeziehung zwischen uns entstanden ist.

Ich bin sicher, dass die Aufgaben von euren Nachfolgern genauso gut erledigt werden. Ich wünsche mir, dass die Stimmung der „Gründergeneration“, die entscheidend durch euch geprägt wurde, weiter das Miteinander im Vorstand bestimmen wird.

Die Geschäftsstelle informiert

- Klaus-Ingo Marquardt -

- Für die Mitglieder besteht ab sofort die Möglichkeit, den **s/vsh-Info-Dienst** zu nutzen. Senden Sie eine **e-mail** mit dem Betreff: **Info-Dienst** an die Geschäftsstelle und Sie erhalten re-

gelmäßig die Informationen, die in der Geschäftsstelle eingehen und für Sie von Interesse sein könnten.
e-mail-Adresse:
klaus.marquardt@t-online.de

- Für unsere Mitgliederverwaltung benötigen wir Daten der ehemaligen Mitglieder des **VSRS**, ohne die eine zuverlässige Zusendung der Zeitung oder Einladungen auch außerhalb der Schulzeit nicht möglich ist.

Bitte kopieren Sie sich die **Beitrittserklärung** am Ende der Zeitung, füllen Sie diese aus und schicken Sie sie per Fax oder Brief an die Geschäftsstelle. **Streichen Sie bitte das Wort „Beitrittserklärung“**. Vielen Dank!

Informationen Nr. 1

Geschäftsstelle: Schulstraße 6 – 24582 Wattenbek
Geschäftsführer: Klaus-Ingo Marquardt
Tel.: 04322 – 5650 Fax: 04322 – 69 14 93
Tel. / Fax (privat) 04322 - 2362
e-mail: klaus.marquardt@t-online.de

1. Wir begrüßen folgende Neuzugänge im Jahre 2002

Rektorin	Barbara Axt	GS Haseldorf	Haseldorf
Rektorin	Andrea Hansen	H.-Eschenburg-Schule	Holm
Rektor	Carsten Doschat	GS Joldelund	Joldelund
Konrektor	Torsten Peyk	GHS Michaelisdonn	St.Michaelisdonn
Rektor	Axel Becker	Helen-Keller-Schule	Bad Segeberg
Rektor	Klaus Fehrrolfes	GS Lutzhorn	Lutzhorn
Rektorin	Cornelia Rosenthal	GS Breitenberg	Breitenberg
Rektorin	Karen Rodeck	Muhliusschule	Kiel
Rektorin	Constanze Pallasch	GS Tannenweg	Glinde
Rektorin	Telse Vogt	GS West	Brunsbüttel
Rektorin	Barbara Schirrmacher	RS Harksheide	Norderstedt
Rektorin	Barbara Koop	RS am Seminarweg	Bad Segeberg
Rektorin	Gabriele Wiese	GHS Schuby	Schuby
Rektor	Hauke Kruse	GHS Ralsdorf	Ralsdorf
Konrektorin	Marita Cassens-Paeske	GS Reventlouw	Kiel
OstD	Elmar Off	BerS Plön	Plön
Rektor	Herbert Frauen	RS Glückstadt	Glückstadt

2. Der Schulleiter der Nachschule der deutschen Minderheit in Tingleff bietet an, seine Schule zu besichtigen. Kontaktaufnahme unter:

Rektor
Bendix Brodersen
Tel.: 0045 - 7464 4820
Fax: 0045 - 7464 4879
e-mail: nachschule-bendix@tingleff.dk

3. Die Geschäftsstelle hat **außerhalb der Schulzeit** eine neue Faxnummer:
04322 – 88 89 22

Fortbildungsangebote des s/vsh

- Maren Böddener -

Um neue Fortbildungsveranstaltungen für die Mitglieder des s/vsh. planen und dabei die aktuelle Nachfragesituation berücksichtigen zu können, haben wir Anfang Mai 2002 eine Fragebogenaktion gestartet. Viele Kolleginnen und Kollegen haben uns ihre Wünsche und Vorstellungen zum Bereich Fortbildung mitgeteilt. Dabei wurden Fortbildungen vor allem zu folgenden Bereichen gewünscht:

1. Qualitätsmanagement
2. Evaluation/Schulprogramm
3. Personalmanagement
4. Zeitmanagement
5. Schulleitung im Team
6. Gestaltung von Konferenzen
7. EDV in der Verwaltung

Die Fortbildungen sollen als Tagesveranstaltungen möglichst werktags, als 2-Tagesveranstaltungen möglichst Freitag / Samstag stattfinden.

Mit diesen Ergebnissen können wir nun gezielt Fortbildungsveranstaltungen planen.

In der nächsten Ausgabe der s/vsh-information werden wir Fortbildungsthemen, Termine und Orte bekannt geben und damit wieder an alte Traditionen anknüpfen.

Anregungen und Wünsche unserer Mitglieder nehmen wir auch weiterhin gern entgegen. Unsere Interessensabfrage finden Sie noch einmal auf der nächsten Seite.

ALLE SPAREN. WIR ZAHLEN.



LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN

Schwierige Zeiten bedürfen unkonventioneller Mittel. Bei uns heißt das: Investieren. Und zwar in unsere Kunden. Deren Zufriedenheit, Bequemlichkeit, Sicherheit. Schließlich sind wir ja Kollegen, arbeiten nur ehrenamtlich und können das so eingesparte Geld in unsere Leistungen stecken. Und darum haben wir unsere an sich schon guten Konditionen für die Hausratsversicherung verbessert:

- ☛ 8000,- € statt bisher DM 10.000,- als Leistung für die Außenversicherung.
- ☛ Ohne Abzüge bei „Neu für Alt“.
- ☛ Ohne Aufpreis sind Fahrraddiebstahl, Autodiebstahl, Vandalismus, Induktionsschäden, Kosten für Hotel und Aufräumarbeiten mitversichert.

LEHRER-FEUERVERSICHERUNGSVEREIN FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN, HAMBURG UND MECKLENBURG-VORPOMMERN - SEIT 1815 • HELSINKISTR. 70
24109 KIEL • TEL 0431/732 344 • FAX 0431/739 93 90 • LFV@LFV-KIEL.DE • WWW.LFV-KIEL.DE • BÜROZEITEN: DI. + FR. 9-12 U. MI. 15-18 UHR

Fortbildungsangebote des s/vsh Interessensabfrage

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der s/vsh plant neue Fortbildungsveranstaltungen für seine Mitglieder.

Um dabei die aktuelle Nachfragesituation berücksichtigen zu können, möchten wir gern Ihre momentanen Wünsche und Vorstellungen zum Bereich Fortbildung erfahren.

Wir bitten Sie, uns Ihren ausgefüllten Fragebogen zu faxen oder ihn an uns zu senden:

Maren Böddener, Ansgariusweg 22 a, 22880 Wedel,
Fax: 04103 - 912987 oder 04103 - 9121720

Meine Fortbildungswünsche :

- | | |
|---|--|
| ☐ Evaluation/Schulprogramm | ☐ EDV in der Verwaltung |
| ☐ Personalmanagement | ☐ Zeitmanagement |
| ☐ Qualitätsmanagement | ☐ Supervision |
| ☐ Gesprächsführung | ☐ Coaching |
| ☐ Gestaltung von Konferenzen | ☐ Schulleitung im Team |
| ☐ Frauen in Leitungspositionen | |

Welche Fortbildungsbedingungen bevorzugen Sie?

- | | | |
|--|----------|--|
| ☐ Tagesveranstaltungen | und zwar | ☐ werktags |
| | | ☐ am Samstag |
| | | ☐ am Sonntag |
| ☐ 2-Tages-Veranstaltungen | und zwar | ☐ Freitag/Samstag |
| | | ☐ Samstag/Sonntag |

Weitere Anmerkungen / Wünsche:

Absender (bitte mit Schuladresse):

Sooo ... sieht der neue Vorstand aus !



1. Vorsitzender
Michael Doppke



Stellvertreterin
Maren Böddener



Stellvertreter
Walter Rossow



Stellvertreter
Hans Jörg Rickert



Geschäftsführer
Klaus-Ingo Marquardt



Schatzmeister
Reinhard Einfeldt



Schriftführer
Günter Orgis



Beisitzerin
Ragna Bordel



Beisitzerin
Nora Siegmund



Beisitzer
Rolf Jacoby



Beisitzer
Olaf Peters



Beisitzer
Hans Stäcker



Beisitzer
Manfred Helmert

Gesucht wird: Innovative Schulleitung

Seit Jahren versucht der Verein Innovative Schule in Schleswig-Holstein die Schullandschaft mit neuen Impulsen zu versehen.

Neben dem alle zwei Jahre ausgelobten Preis für Projekte des Praktischen Lernens wird jetzt ein Preis für Innovatives Schulmanagement ausgeschrieben.

Unter der Schirmherrschaft von Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave werden Leitungspersonen oder -teams schleswig-holsteinischer Schulen gesucht, die sich durch innovatives, d. h. wirksames Schulmanagement auszeichnen.

Der Verein, der diesen Wettbewerb in Zusammenarbeit mit der KomTel, einem regionalen Telefonanbieter, veranstaltet, erwartet Bewerbungen aus allen Schulformen.

Entsprechende Projekte können dabei sein:

- Anerkannte und wirksame Initiativen der Schulleitung zum Unterricht (Hauptschulabschluss, Gestaltung neuer Unterrichtsformen, Unterrichtsevaluation, Standardsicherung, ...)
- Richtungsweisende, kontinuierliche Entwicklung der Schule (Verlässlichkeit und Erneuerung)
- Anerkannte und wirksame Initiativen zur Einbeziehung des Kollegiums, der Eltern oder der Schülerinnen und Schüler (Elternforen, Qualifizierung der SV, ...)
- Aufbau wirksamer Strukturen mit anderen Institutionen / der Wirtschaft
- Engagement bei strukturellen oder baulichen Veränderungen

- Starkes Bemühen um den Aufbau von Ganztagsangeboten, Hausaufgabenhilfen, Integration von Migranten oder lernschwachen Kindern, ...

Vorschläge können alle an Schule-Beteiligten (Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler, Eltern, Schulträger, ...) machen und

bis zum 01. Juli 2002

**beim Verein „Innovative Schule“,
c/o Grund- und Hauptschule Tarp,
Schulstr. 7,**

24963 Tarp,

Tel. 04638 / 894614,

FAX 04638 / 894623,

e-mail: ghstarp@foni.net

einreichen.

Eine Jury unter der Leitung von Frau Erdsiek-Rave, bestehend aus Mitgliedern der Schule, Wirtschaft und des öffentlichen Lebens wird dann eine Auswahl von zehn Kandidaten festlegen. Diese Kandidaten werden ihre Arbeit am 10. September 2002 im Druckzentrum des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlags in Rendsburg präsentieren. An diesem Tag wird Herr Staatssekretär Dr. Ralf Stegner die Preise in Höhe von 500 € bis 1500 € vergeben.

Eine Besonderheit ist, dass diese Preise zweckgebunden zur Hälfte für die persönliche Fortbildung des Preisträgers und zur anderen Hälfte für ein Projekt seiner Schule sind.

Bewerbungsunterlagen können angefordert werden beim 1. Vorsitzenden des Vereins „Innovative Schule“, Herrn Hans Stäcker, c/o Grund- und Hauptschule Tarp (Adresse siehe oben!)

298. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz am 23. und 24. Mai 2002 in Eisenach

Am 23. und 24. Mai 2002 fand die 298. Plenarsitzung der Kultusministerkonferenz unter dem Vorsitz ihrer Präsidentin, Ministerin Prof. Dr. Dagmar Schi-

panski (Thüringen), auf der Wartburg in Eisenach statt.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen folgende Themenbereiche:

1. Schulen fördern – Erziehung stärken – Gewaltprävention ausbauen
2. Weitergehende Folgerungen aus PISA 2000: Laufende und geplante Maßnahmen der Länder in den zentralen Handlungsfeldern
3. Bericht über Bildung in Deutschland
4. Bildungsstandards zur Sicherung von Qualität und Innovation im föderalen Wettbewerb der Länder
5. Überarbeitung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch
6. Konsequenzen der Zuwanderung für Schulen
7. Länder- und hochschulübergreifende Qualitätssicherung in Deutschland

Vor der Plenarsitzung kamen der Verbindungsausschuss der Kultusministerkonferenz und des Wissenschaftsrates zu einer Beratung zusammen.

Im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt "Gewaltprävention"

hielt der Erlanger Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Lösel einen Vortrag über die Ergebnisse seiner Forschungen.

1. Schulen fördern – Erziehung stärken – Gewaltprävention ausbauen

Eisenach. In Reaktion auf die Morde am Erfurter Gutenberg-Gymnasium hat die Kultusministerkonferenz auf ihrer Sitzung am 23. und 24. Mai 2002 über Maßnahmen zur Gewaltprävention beraten und u.a. die Initiativen zur stärkeren Kontrolle von gewaltverherrlichenden Medien und Computerspielen ausdrücklich begrüßt. Darüber hinaus wird die Kultusministerkonferenz ein rechtliches Gutachten in Auftrag geben, das die Regelungen, nach denen Erziehungsberechtigte volljähriger Schüler über schulische Belange nicht informiert werden dürfen, prüft.

Die Kultusministerkonferenz erklärt grundsätzlich zur Gewaltprävention an Schulen:

Im Rahmen ihres **Erziehungsauftrags** bemühen sich Schulleitungen, Lehrkräfte, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Konsens über Ziele und Vorge-

hensweisen im Rahmen gemeinsamer Erziehungskonzepte zu erzielen. Dazu gehört ein Grundbestand an sozialen Verhaltensregeln, auf deren Einhaltung konsequent geachtet werden muss.

Bewusste Erziehung sieht die Schülerinnen und Schüler immer in ihrer ganzen Persönlichkeit. Sie setzt darauf, Aufgaben und Verantwortung so früh wie möglich an Schülerinnen und Schüler zu übertragen. Unterricht und Schulleben müssen so angelegt sein, dass sie Erfolgserlebnisse und Anerkennung ermöglichen und produktive Leistung zum verinnerlichten Bedürfnis von Kinder und Jugendlichen machen.

Die **Schulaufsicht** unterstützt die Schulen aktiv bei ihrer Arbeit gegen Gewalt, Ausländerfeindlichkeit, Extremismus und Diskriminierung jeder Art. Die Lehrpläne verfolgen mit Themen zur interkulturellen Erziehung dasselbe Ziel. Die Projekte "Sport gegen Ge-

walt" entfalten eine große präventive Wirkung. Die Stärkung des Erziehungsauftrags geht einher mit der Erweiterung der herkömmlichen schulischen Arbeit durch neue Perspektiven und Horizonte.

Die **Mitverantwortung und Beteiligung von Schülerinnen und Schülern und der Eltern** an der Gestaltung des sozialen Klimas und des Schullebens sind für den Erfolg der Gewaltprävention von erheblicher Bedeutung. Schülerinnen und Schüler müssen größere Verantwortung für ihren eigenen Lernerfolg, für das Arbeits- und Sozialverhalten in der Schule und das Einhalten schulischer Regeln übernehmen. Dies wird dadurch unterstützt, dass die Schulen geeignete erzieherische Maßnahmen einschließlich der Übertragung sozialer Aufgaben ergreifen. Mit Streitschlichterprogrammen, Schlichtungsausschüssen und dem Institut des Schülerlehrers sind viele Schulen hier bereits auf einem guten Weg.

Schulische und außerschulische Einrichtungen bilden regionale **Netzwerke**, um so vorbeugend Gewalttendenzen entschlossen entgegenzuwirken. Örtliche, regionale und landesweite Räte für Kriminalitätsverhütung, sog. Runde Tische gegen Gewalt oder Bündnisse für Erziehung, sind geeignet, die Zusammenarbeit zu intensivieren und auf andere Bereiche des öffentlichen Lebens auszudehnen.

Schule und Jugendhilfe kooperieren, um gemeinsam Kinder und Jugendliche bei der Entwicklung einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu unterstützen. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wird auf den Bereich der präventiven Erziehung ausgedehnt.

Schulpsychologinnen und Schulpsychologen bieten vielfältige Beratungsangebote an. Modellversuche zur Ausweitung des schulpsychologischen Angebotes sollten ausgewertet und ausgeweitet und in ein ganzheitliches

Erziehungskonzept eingebettet werden. Dazu bedarf es der stärkeren Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren und einer verstärkten Zusammenarbeit.

Regelungen, nach denen die **Eltern bzw. Erziehungsberechtigten volljähriger Kinder** nicht über Leistungen und Vorkommnisse in der Schule informiert werden dürfen, werden in der Kultusministerkonferenz einer rechtlichen Überprüfung unterzogen im Hinblick darauf, unter welchen Voraussetzungen in schwierigen Situationen eine Unterrichtung über wichtige Maßnahmen der Schule möglich ist.

Darüber hinaus sollen wechselseitige Rückmeldungen und Kontakte zwischen Schule und Eltern, zwischen Lehrern und Schülern systematisch gefördert werden. Schulen sollen regelmäßig Schüler-Eltern-Rückmeldungen einholen und darüber in den schulischen Gremien beraten.

Das setzt den kontinuierlichen Dialog mit den Eltern voraus, die sich als Partner gemeinsamer Erziehung verstärkt angenommen fühlen müssen. Dazu ist es hilfreich, dass innerhalb des Lehrerkollegiums sowie zwischen Lehrerschaft und Elternschaft verpflichtende und selbstverpflichtende Regeln vereinbart werden. Darin legen sich die Beteiligten auf gemeinsame Erziehungsziele und -grundsätze fest und verständigen sich auf wechselseitige Pflichten. Diese gemeinsame pädagogische und erzieherische Plattform sollte Bestandteil des Schulprogramms werden.

Im Bereich der **Lehrerbildung** gilt es in der ersten und zweiten Phase der Ausbildung, die diagnostischen und fördermethodischen Kompetenzen der Lehrkräfte nachdrücklich und nachhaltig zu steigern. Dazu sind die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse auszuwerten, neue Forschungen einzuleiten und in den verschiedenen Praxisfeldern zu erproben. Diese Themenfelder sind verstärkt auch in der

Lehrerfort- und -weiterbildung zu erproben und zu verankern. Im Blick auf diese professionelle Neuorientierung besteht akuter Handlungsbedarf. Dazu bedarf es einer großen Gemeinschaftsanstrengung.

Zur **Frage des Einflusses der Medien auf Kinder und Jugendliche** verweist die Kultusministerkonferenz auf ihre Erklärung vom 25./26.06.1992 "Verzicht auf Gewaltdarstellung in den Medien". Sie begrüßt Initiativen zur stärkeren Kontrolle von gewaltverherrlichenden Medien und Computerspielen.

Die **Kultusminister** werden sich regelmäßig über die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen informieren und untereinander abstimmen. Sie sind sich –

wie oben bemerkt – darüber im Klaren, dass die Schule die Erziehungsprobleme der Gesellschaft nicht alleine lösen kann. Dafür ist es notwendig, die ganze erzieherische Kraft zu stärken und zu bündeln, die in den Familien, im Kindergarten und in der Jugendarbeit, in den Vereinen, Organisationen und Institutionen unserer Gesellschaft liegt. Die Kultusminister und -senatoren regen deshalb an, Bündnisse für Erziehung auf lokaler und regionaler Ebene zu gründen. Diese Bündnisse sollen das Nachdenken sowie das Gespräch über Erziehung fördern, beispielhaftes Erziehungshandeln unterstützen und so eine konkrete gemeinsame Verantwortung für die nachwachsende Generation übernehmen.

2. Weitergehende Folgerungen aus PISA 2000: Laufende und geplante Maßnahmen der Länder in den zentralen Handlungsfeldern

Eisenach. Die Länder haben im Nachgang zu PISA 2000 zahlreiche Initiativen zur Qualitätsentwicklung ergriffen. Auf ihrer Plenarsitzung am 23. und 24. Mai 2002 haben sich die Kultusminister über die in ihren Ländern getroffenen bzw. geplanten Maßnahmen ausgetauscht.

Schwerpunkte der Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung liegen in den Bereichen der

- vorschulischen Einrichtungen
- Grundschulen
- Sekundarstufe I
- besseren Verteilung und Nutzung von Lernzeiten und
- Lehrerbildung.

Die Bildungsfunktion des **vorschulischen Bereiches** soll gestärkt werden. Vorrangiges Ziel ist es dabei, soziale Benachteiligungen, vor allem durch gezielte Sprachförderung, frühzeitig auszugleichen. Zu diesem Zweck erhalten Diagnosefähigkeit und Sprachförderung einen besonderen Stellenwert in der Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher. Gemeinsame Fortbildungen für Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher sollen die Zu-

sammenarbeit zwischen vorschulischen Einrichtungen und der Grundschule stärken. Eltern mit Migrationshintergrund sollen in die Sprachförderung ihrer Kinder aktiv einbezogen werden.

In den **Grundschulen** zielen die Maßnahmen vor allem auf eine optimale Nutzung der Lernzeiten. Flexible Einschulungstermine und flexible Eingangsstufen erlauben eine individuelle Förderung. Die Kultusminister betonen, dass es gemeinsame Aufgabe aller Fächer ist, die Lust am Lesen zu wecken und die Schülerinnen und Schüler zu selbstreguliertem Lernen anzuregen. Für Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse beabsichtigen zahlreiche Länder den Ausbau oder die Einrichtung spezieller Fördergruppen.

Zur Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit in der **Grundschule und Sekundarstufe I** werden die Lehrpläne mit Blick auf die in PISA definierten Kompetenzbereiche überprüft. Sie sollen sich an Basiskompetenzen orientieren, die in einer modernen Gesellschaft für die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruf-

lichen, kulturellen und politischen Leben unverzichtbar sind. Verbindliche Standards werden deutlicher als bisher formuliert. Viele Länder verpflichten ihre Schulen zu interner und externer Evaluation. Vergleichsarbeiten sind hierbei wichtige Instrumente zur Feststellung der Leistungen in bestimmten Jahrgangsstufen innerhalb einer Schule oder zwischen mehreren Schulen.

Für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund soll die sprachliche Förderung auch in der **Sekundarstufe I** fortgeführt werden. Zahlreiche Projekte zielen darauf, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss zu reduzieren und den Übergang bildungsbenachteiligter Schüler in die Berufs- und Arbeitswelt zu unterstützen.

Die Mehrzahl der Länder hat in den vergangenen Jahren **Ganztagsangebote bzw. Ganztagsschulen** eingerichtet und plant, diese schrittweise auszubauen. Einige Länder entwickeln – auch in Kooperation mit außerschulischen Partnern – neue Konzepte für die Rhythmisierung des Schultages sowie für die inhaltliche und methodische Gestaltung des Ganztagsunter-

richts. Zur Förderung sowohl von Schülerinnen und Schülern mit Bildungsdefiziten als auch mit besonderen Begabungen planen einige Länder sog. Enrichment-Veranstaltungen wie z.B. "Ferienakademien".

Die Reform der **Lehrerbildung**, insbesondere in Richtung einer intensiveren Praxisorientierung steht in allen Ländern auf der Tagesordnung. Hier haben die Länder bereits Konsequenzen aus dem 1999 vorgelegten Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Kommission Lehrerbildung gezogen. Auch in der **Lehrerfortbildung** werden die Ergebnisse aus den Schulleistungstudien durch einen Ausbau der Angebote zur Lesekompetenz, mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundbildung umgesetzt. Viele Länder konzipieren zusätzlich Fortbildungen zur Verbesserung der diagnostischen und methodischen Kompetenz der Lehrkräfte. Zur Professionalisierung der Schulleitungen in Managementaufgaben werden gezielte Fortbildungsveranstaltungen zur Schul- und Personalentwicklung angeboten.

3. Bericht über Bildung in Deutschland

Eisenach. Wie bereits bei der vergangenen Sitzung der Kultusministerkonferenz im Februar in Berlin angekündigt, plant die KMK, regelmäßig über den Stand der Bildung in Deutschland zu berichten. Dazu wurde jetzt in der Sitzung am 23. und 24. Mai 2002 auf der Wartburg ein Fahrplan beschlossen.

In diesem Jahr dient vor allem die Veröffentlichung der ländervergleichenden PISA-Studie (PISA-E) als Berichterstattung. Gleichzeitig soll jedoch mit der Erarbeitung eines ersten Berichts über Bildung in Deutschland begonnen werden. Dieser soll künftig jedes Jahr in der Herbstsitzung der Kultusminis-

terkonferenz vorgelegt werden, zum ersten Mal im Herbst 2003.

Der Bericht soll zum einen als Basis für die weitere Bildungsplanung dienen und zum anderen die Öffentlichkeit über den aktuellen Stand und die Entwicklung des Bildungswesens in Deutschland informieren. Die aus den Vergleichsuntersuchungen gewonnenen Zahlen sollen in die künftig vorgesehene Berichterstattung der Kultusministerkonferenz über Bildung in Deutschland einfließen. Um den Bericht zu erarbeiten will die Kultusministerkonferenz mit Wissenschaftlern zusammenarbeiten.

4. Bildungsstandards zur Sicherung von Qualität und Innovation im föderalen Wettbewerb der Länder

Eisenach. Die Kultusministerkonferenz hat sich in der Sitzung am 23. und 24. Mai 2002 auf der Wartburg verständigt, gemeinsame Standards für die Schulbildung zu erarbeiten. Dabei werden die Kultusminister und -senatoren auf einzelne Vorarbeiten zurückgreifen, die bereits im vergangenen Jahr von verschiedenen Ländergruppen erarbeitet wurden.

Bezogen auf die Abschlüsse – insbesondere auf den Mittleren Schulabschluss und das Abitur – existieren solche Vereinbarungen bereits. So hat die KMK bei dieser Sitzung die Einheitlichen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfung in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch neugefasst. Jetzt sollen gemeinsame Standards nicht nur bei den Schulabschlüssen ansetzen, sondern auch bereits den Lernprozess insgesamt begleiten.

In diesen Standards sollen Kerninhalte, die als gesichertes Wissen zusammen mit Fertigkeiten und überfachlichen Kompetenzen am Ende eines bestimmten Bildungsabschnitts vorhanden sein müssen, festgelegt werden.

Um die Einhaltung dieser Standards zu überprüfen, sollen in den Ländern lan-

desweit Orientierungs- und Vergleichsarbeiten geschrieben werden. Ziel einer solchen Überprüfung muss es nach Ansicht der KMK sein, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler durch gezielte Förderung die gesetzten Ziele erreichen. Die Vergleiche sollen in der Primarstufe beginnen und auch in den weiterführenden Schulen ab Jahrgangsstufe 5 bzw. 7 durchgeführt werden. Auf der Grundlage der noch zu formulierenden Standards sollen für alle Fächer Aufgabenpools entwickelt werden, die den Ländern und ihren Schulen dann zur Verfügung stehen.

Über die landesweiten Tests hinaus, plant die KMK auch in ausgewählten Fachbereichen und Jahrgangsstufen regelmäßige bundesweite Vergleichsuntersuchungen (wie die Deutsch-Englischen Schülerleistungen International, kurz DESI). Die Länder werden aber auch weiterhin an internationalen Untersuchungen (wie PISA und IGLU – Internationale Grundschul-Leseuntersuchung) teilnehmen.

Die aus den Vergleichsuntersuchungen gewonnenen Zahlen sollen in die künftig vorgesehene Berichterstattung der Kultusministerkonferenz über Bildung in Deutschland einfließen.

5. Überarbeitung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch

Eisenach. Die Kultusministerkonferenz hat bei ihrer Sitzung am 23. und 24. Mai 2002 die überarbeiteten Einheitlichen Prüfungsanforderungen (EPA) in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch verabschiedet. Sie werden 2003 eingeführt und bilden spätestens ab dem Schuljahr 2004/05 in den einzelnen Ländern die Grundlage für die fachspezifischen Anforderungen in der Abiturprüfung.

In der gegenwärtigen Diskussion über die Qualität des deutschen Bildungswesens stehen insbesondere die

Kenntnisse und Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler in den zentralen Fächern Mathematik, Deutsch und Fremdsprachen im Mittelpunkt der Kritik. Die Kultusministerkonferenz hat sich eingehend mit den fachlichen Anforderungen und Grundkompetenzen, die in der Abiturprüfung nachzuweisen sind, befasst. Ein Austausch von Abiturarbeiten zwischen den Ländern, wissenschaftliche Expertisen sowie Erkenntnisse aus internationalen Vergleichsuntersuchungen bilden die Grundlage für die nun abgeschlossene

Neufassung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen.

Die neue **EPA Mathematik** stellt den allgemein bildenden Charakter des Faches deutlich in den Vordergrund, indem sie Mathematik nicht als Formalwissenschaft versteht, sondern als ein Reservoir an Modellen, die geeignet sind, Erscheinungen auf rationale Art zu interpretieren, und als ideales Übungsfeld, um überhaupt Problemlösefähigkeiten zu erwerben. Damit wird ein wesentlicher Akzent auf den Bereich der Anwendung gelegt. Dass deutsche Schülerinnen und Schüler hier Defizite haben, zeigten TIMSS und unlängst auch PISA.

Die **EPA Deutsch** stellt Lesekompetenz und präzises Ausdrucksvermögen als grundlegend nicht nur für Deutsch, sondern für alle Fächer heraus. Damit leistet das Fach Deutsch einen wesentlichen Beitrag auch für Studium und Beruf. Zugleich werden inhaltlich Kommunikationskultur und literatur- und kulturgeschichtliches Orientierungswissen gefordert – als wesentlicher Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und Voraussetzung für die Teilhabe am kulturellen Leben.

Die **EPA Englisch** trägt v.a. den erweiterten Anforderungen an den Fremd-

sprachenunterricht durch zunehmende internationale Verflechtung und der besonderen Stellung des Englischen als Weltverkehrssprache Rechnung. Sie orientiert sich in der Beschreibung der sprachlichen Kompetenzen am "Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für das Lernen und Lehren von Sprachen" des Europarats, stärkt den Anwendungs- und lebensweltlichen Bezug, betont die mündliche Kommunikationsfähigkeit und erweitert die Landeskunde zu interkultureller Handlungskompetenz.

Alle EPA enthalten ausführliche Informationen zu fachlichen Inhalten und Qualifikationen, zur schriftlichen und mündlichen Prüfung (Aufgabenarten, Hinweise für die Erstellung von Prüfungsaufgaben, Erwartungshorizont und Bewertungshinweise) sowie Aufgabenbeispiele für die schriftliche und – erstmals – für die mündliche Prüfung. Dabei sind auch neue Aufgabenarten aufgenommen worden.

Mit der Vorlage der Einheitlichen Prüfungsanforderungen für die Abiturprüfungen zieht die Kultusministerkonferenz inhaltliche Folgerungen aus den TIMSS- und PISA-Untersuchungen.

6. Konsequenzen der Zuwanderung für Schulen

Eisenach. Die Kultusministerkonferenz hat auf ihrer Sitzung am 23. und 24. Mai 2002 einen Bericht verabschiedet, der sich mit dem Thema "Zuwanderung" und den Konsequenzen für den schulischen Bereich auseinandersetzt. Darüber hinaus haben die Länder ihre Absicht bekundet, Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund weiterzuentwickeln.

Im Schuljahr 2001/2002 haben rund 11 % der Schülerinnen und Schüler an Schulen in der Bundesrepublik Deutschland eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit. Hinzu kommen

Kinder und Jugendliche aus Aussiedlerfamilien und eingebürgerte Kinder, so dass der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund insgesamt erheblich höher liegt.

Die Unabhängige Kommission "Zuwanderung" des Bundes und das Forum Bildung hatten in ihren Berichten festgestellt, dass die Bildungsbilanz für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ungünstig ausfalle. Dabei besteht ein enger Zusammenhang mit der oft unzureichenden sprachlichen Kompetenz der Jugendlichen. Die Ergebnisse der PISA-Studie haben diese Aussagen eindeutig bestätigt.

Vor diesem Hintergrund enthält die nun vorliegende Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz neben einer Auswertung der genannten Berichte und von Ergebnissen der Spracherwerbsforschung eine Zusammenstellung und Beschreibung der Fördermaßnahmen, die in den verschiedenen schulischen Bereichen weiterentwickelt werden müssen. Zu verstärken sind insbesondere Programme im Rahmen der vorschulischen Erziehung und Hilfestellungen beim Übergang von der Schule in das Berufsleben. Ferner ist die Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Einrichtungen zu

intensivieren. Konsequenzen sind ebenfalls zu ziehen für die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und Erziehern sowie im Hinblick auf grundsätzliche strukturelle Rahmenbedingungen. Die Kultusminister und -senatoren werden sich – dies haben sie anlässlich ihrer Plenarsitzung bekräftigt – für die Weiterentwicklung der entsprechenden Fördermaßnahmen einsetzen.

Der Bericht, der zusätzlich eine Übersicht über staatliche und nicht staatliche Angebote von Islamunterricht enthält, ist in Kürze im Sekretariat der Kultusministerkonferenz erhältlich.

7. Länder- und hochschulübergreifende Qualitätssicherung

Eisenach. Im Rahmen der länder- und hochschulübergreifenden Sicherung der Qualität der Hochschulausbildung hat die Kultusministerkonferenz auf ihrer Sitzung am 23. und 24. Mai 2002 ein Statut für die Einrichtung eines Akkreditierungsverfahrens in Deutschland verabschiedet.

In ihrer Sitzung im Oktober 2001 hatte sich die Kultusministerkonferenz grundsätzlich für die Beibehaltung des erprobten Verfahrens zur Akkreditierung von neuen Studiengängen ausgesprochen. Nun wurden entsprechende Regelungen in einem Organisationsstatut festgeschrieben, das am 1. Januar 2003 in Kraft tritt.

Danach wird die Akkreditierung von mehreren untereinander in Wettbewerb stehenden Agenturen durchgeführt. Zusammengehalten wird das Akkreditierungssystem durch eine zentrale Akkreditierungseinrichtung, den Akkreditierungsrat, dessen Geschäftsstelle im Sekretariat der Kultusministerkonferenz eingerichtet wird. Staat, Hochschulen und Berufspraxis wirken sowohl in den Agenturen als auch im Akkreditierungsrat zusammen.

Zu akkreditieren sind Studiengänge staatlicher oder staatlich anerkannter, privater Hochschulen mit den Ab-

schlüssen Bachelor / Bakkalaureus und Master / Magister, ebenso neu einzurichtende Diplom- und Magisterstudiengänge, soweit sie nicht einer geltenden Rahmenordnung unterliegen.

Die wichtigste Aufgabe des Akkreditierungsrates ist die Zulassung der Agenturen, die damit die Berechtigung erhalten, einzelne Studiengänge zu akkreditieren und das Siegel des Akkreditierungsrates zu verleihen. Der Akkreditierungsrat definiert die Mindestanforderungen an die Akkreditierungsverfahren und stellt einen fairen Wettbewerb unter den Agenturen sicher. Es können hier auch ausländische Agenturen zugelassen werden.

Die Mitglieder des Akkreditierungsrates (4 Hochschulvertreter, 4 Ländervertreter, 4 Vertreter der Berufspraxis, 2 Studierende, 2 internationale Vertreter) werden von den Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz und der Kultusministerkonferenz für vier Jahre ernannt. Der Rat beschließt mit einfacher Mehrheit.

Die Agenturen führen das Akkreditierungsverfahren durch und entscheiden über die Akkreditierung. Voraussetzung ist die inhaltliche Begutachtung des jeweiligen Studiengangs durch hochschulexterne Gutachter. Grundla-

ge für eine Akkreditierung sind das HRG sowie die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Strukturvorgaben.

Mit der Akkreditierung kann die Feststellung verbunden werden, dass ein Hochschulabschluss den Zugang zum höheren Dienst eröffnet. Hierzu bedarf es allerdings noch einer entsprechenden Vereinbarung zwischen Kultusministerkonferenz und Innenministerkonferenz.

PISA-Länderstudie: FOCUS-Meldung ohne sachliche Grundlage

Im Einvernehmen mit dem Sprecher des PISA-Konsortiums, Prof. Dr. Jürgen Baumert, erklärt die Pressestelle der Kultusministerkonferenz: In einer

Vorabmeldung vom 25. Mai berichtet die Nachrichtenredaktion des FOCUS über angebliche Zwischenergebnisse der PISA-Länderstudie (PISA-E), die am Rande der Plenarsitzung der Kultusminister der Länder in Eisenach bekannt geworden sein sollen. Die Nachricht des FOCUS entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Bislang gibt es weder Ergebnisse oder Zwischenergebnisse der PISA-Länderstudie noch liegt ein Zwischenbericht vor. Ergebnisse oder Zwischenergebnisse des Ländervergleichs waren auch zu keinem Zeitpunkt Gesprächsgegenstand der Sitzung der Kultusministerkonferenz auf der Wartburg.

Die PISA-Länderstudie wird am 27. Juni in Berlin vorgestellt.

Stephan Schorn

*Sprecher des Thüringer Ministeriums für Wissenschaft,
Forschung und Kunst*

(zur Zeit hat Thüringen turnusgemäß die Präsidentschaft der KMK inne)

Kontakt: 0172 - 3 63 80 24

Antworten auf PISA - hektischer Aktionismus oder in der Ruhe liegt die Kraft?

- Hans Stäcker -

Der 4. Dezember 2001 ist in die Bildungsgeschichte eingegangen. Das schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler bei der PISA-Studie hat grundlegende Schwierigkeiten unseres Bildungssystems, eine umfassende und gründliche Schulbildung zu vermitteln, offen gelegt.

Unser Ministerium reagiert(e) sofort und das, wie man es kennt, mit hektischem Aktionismus. Schnell waren die Patentrezepte aus dem Hut gezaubert; die Schuldigen wurden gefunden:

► die Schulen, die nicht mehr in der Lage sind, den Kindern und Jugendlichen das notwendige Rüstzeug für eine erfolgreiche Ausbildung mit auf den Weg zu geben;

► die Kindergärten, die nicht genügend in frühen Jahren fördern;

► die Eltern, die die Erziehungsverantwortung an der Schultür abgeben.

Schon im Dezember des vergangenen Jahres hat Bildungsministerin Ute Erd-siek-Rave verkündet, dass die Qualität der Schulen in Schleswig-Holstein intensiver unter die Lupe genommen werden soll. Der Begriff Schul-TÜV wurde geprägt. Aber auch in vielen anderen Bereichen von Hochbegabtenförderung bis zur Förderung von Migrantenfamilien wurde im Rahmen von PISA mehr oder weniger laut nachgedacht.

Am 29. Mai 2002 hat der Schulleiterverband Schleswig-Holstein in einer Veranstaltung in Rendsburg gemein-

sam mit zahlreichen Mitgliedern versucht, eine eigene Position zu den Vorschlägen des Bildungsministeriums zu finden.

In drei Gruppen wurden in drei Stunden intensiver Arbeit folgende Forderungen entwickelt, die der Vorstand mit in ein Gespräch mit der Ministerin im Juni genommen hat (Ergebnisse in der nächsten s/vsh-information):

Schul-TÜV

(Bevor eine externe Evaluation stattfinden kann, sollten gewisse Voraussetzungen geschaffen und Bedingungen erfüllt sein)

- Das **Bewusstsein** für Bildung, Ausbildung und Leistung muss positiv verändert werden. Da die schulpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre zur negativen Entwicklung auf diesem Gebiet beigetragen haben, sind die Politiker aller Parteien ganz besonders gefordert, die entstandene Schieflage durch überzeugende Anstrengungen auch wieder zu beseitigen.
- Die **Zusammenarbeit** zwischen Schule und Elternhaus muss in diesem Sinne optimiert werden. Dabei ist den Eltern klarzumachen, dass sie nicht nur Rechte für ihre Kinder erstreiten können, sondern dass sie auch eine Erziehungspflicht haben und diese nicht mit ihren Kindern am Schultor abgeben können.
- In den Schulen müssen innerhalb gleicher Klassenstufen einheitliche **Standards** für genau definierte Leistungskontrollen festgelegt und (schul)öffentlich gemacht werden. Hierzu sind die Lehrpläne so zu entrümpeln, dass das Wesentliche erkennbar wird.
- Zusätzlich zu den angekündigten Vergleichsarbeiten für abfragbares Wissen in den Schulen sind durch das IPTS Evaluationsmethoden für **Kompetenzen** zu entwickeln und durch Fortbildungsmaßnahmen in

die Schulen zu transportieren. Bevor Teamfähigkeit, Selbständigkeit oder Kommunikationsfähigkeit der Schüler durch den Schul-TÜV evaluiert werden kann, muss dies in den Schulen durch interne Evaluation eingeübt werden!

- Es muss wieder eine für alle Schulen verbindliche **Studentafel** geben.
- Wenn die Schulleiter die Verantwortung für die Qualität ihrer Schule tragen sollen, müssen sie in die Lage versetzt werden, ihr **Personal** selbst auszusuchen und ggf. auch zu entlassen.
- Schulleiter müssen im Zuge der jährlichen Mitarbeitergespräche **Fortbildung** für Lehrkräfte anordnen und durchsetzen können. Dazu ist jeder Schule ein Kontingent an Fortbildung zuzuweisen, so dass den Lehrkräften durch die Maßnahmen keine Kosten entstehen.
- Mittel- und langfristig ausfallende Lehrkräfte müssen ersetzt werden. Das Modell „**Geld statt Stellen**“ könnte hier hilfreich sein, wenn sicher gestellt wird, dass die finanziellen Zuteilungen bei der chronischen Haushaltsknappheit nicht wieder einkassiert werden, ohne die Planstellenzuweisung entsprechend zu erhöhen.
- Planstellen müssen mit **Fachlehrern** besetzt werden, wenn die Forderung nach qualitativ hochwertigem Unterricht nicht zum reinen Lippenbekenntnis verkommen soll.
- Die **Lehrerbildung** sollte durch engen Kontakt mit der Wirtschaft wirklichkeitsnäher gestaltet werden. Die Lebenserfahrung der meisten Lehramtsanwärter nährt sich aus der eigenen Schulzeit, dem Studium und der Tätigkeit in der Schule. Vorstellbar ist ein Kombi-Modell „Studium und Arbeit“, bei dem die Studenten zwei Semester lang neben dem Studium in einem Betrieb als Praktikanten arbeiten.

Wenn alle diese Punkte abgearbeitet sind, sie in allen Schulen Wirklichkeit geworden sind und durch **interne Evaluation** bewertet wurden, dann kann ein **fachkompetentes externes Evaluationsteam** kommen, um den Schulen bei den Problemen zu helfen, die sie alleine nicht oder nur unzureichend bewältigen können. Der Einsatz eines Teams zum jetzigen Zeitpunkt kostet viel und verändert nichts.

Übergang Kindergarten Schule

Es sollte ein verpflichtendes Kindergartenjahr mit festgelegten Inhalten geben. Aus der Sicht der Arbeitsgruppe wäre die Einführung von Schulkindergärten oder Vorklassen für 5-Jährige sinnvoll.

In diesem Jahr soll es in erster Linie um die Förderung von motorischer Geschicklichkeit, Vertiefung von Deutschkenntnissen und Sprachheilunterricht gehen, der von qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern durchgeführt wird.

Die Lehrkräfte müssen in ihrer Ausbildung verpflichtend Grundkenntnisse in den Bereichen Erstlesen / Erstschreiben erhalten.

Nach wie vor ist dabei eine Schuleingangsdiagnostik sinnvoll. Die geplante zweimalige Einschulung ist nicht sinnvoll, weil diese Kinder in einen laufenden Lehrgang (Erstlesen und Erstschreiben sind Lehrgänge) einsteigen müssten. Trotz durchgeführter Binnendifferenzierung ist das in einer normal großen Grundschulklasse nicht leistbar.

Feste Grundschulzeiten

Die Grundschulzeiten - nach Vorstellung des Ministeriums in den Klassen 1 + 2 von 8 bis 12 Uhr und in den Klassen 3 + 4 von 8 bis 13 Uhr - sollen nach Meinung der Arbeitsgruppe Unterrichtszeit darstellen. Die Grundlage dafür soll eine verbindliche Stundentafel sein, die eine bestimmte Anzahl an zugewiesenen Lehrerstunden nach

sich zieht. Die feste Grundschulzeit soll kein Aufbewahren der Kinder darstellen.

Förderung von Migrantenkinder

Der große Nachteil von Migrantenkindern ist der Mangel an Deutschkenntnissen. Hier muss es gebündelte, zentrale Maßnahmen geben, die diese Schülerinnen und Schüler zunächst befähigen, dem Unterricht sprachlich zu folgen.

Hochbegabtenförderung

Der Status der Hochbegabung muss festgestellt werden. Da es sich nach Meinung der Arbeitsgruppe um eine besondere pädagogische Situation handelt, müssen die Förderzentren diesen „sonderpädagogischen Förderbedarf Hochbegabung“ vielleicht mit der Unterstützung der Schulpsychologen feststellen.

Die entsprechenden Schulen erhalten eine Sonderzuweisung. Gleichzeitig werden die Schulen verpflichtet, Kolleginnen und Kollegen für diese Arbeit durch Fortbildung zu qualifizieren.

Die Informationen müssen von Schule zu Schule weitergereicht werden. Nach wie vor soll die Möglichkeit der Verkürzung der Schulzeit durch Überspringen von Klassen gewährleistet sein.

Verpflichtendes Elterngespräch bei abweichender Schulartwahl

Hier soll die Besprechung des Grundschulgutachtens in der Grundschule beibehalten werden. Bei abweichender Entscheidung der Eltern führt die aufnehmende Schule das Gespräch. Vielleicht wäre es sinnvoll, wieder die verpflichtende Aufnahmeprüfung einzuführen.

Möglichkeit der Nachversetzung

Die Arbeitsgruppe empfiehlt die Einführung der Nachversetzung analog zu der Möglichkeit, die bereits an den Gymnasien des Landes gängige Praxis ist. Im Real- und Hauptschulbereich

sollte es die Möglichkeit in den Klassen 7 und 8 (in der Realschule auch in 9, in der Hauptschule vielleicht auch schon in 6) geben. Die Nachprüfung findet zu Beginn des neuen Schuljahres statt und wird von zwei Prüfern durchgeführt, wobei der eine Prüfer der Fachlehrer des vergangenen Jahres ist. Die Prüfung kann abgelegt werden in einem mit mangelhaft oder ungenügend bewerteten Fach; über die Zulassung entscheidet die Versetzungskonferenz. Das Ergebnis muss mindestens mit ausreichend beurteilt werden. Es ist nur eine Nachprüfung pro Schulart möglich. In der Grundschule wird

dieses Verfahren als nicht sinnvoll erachtet.

Der dänische König Frederik VI. hat einmal gesagt:

Arm und elend sind wir sowieso. Wenn wir jetzt noch dumm wären, könnten wir aufhören, ein Staat zu sein.

Bleibt zu hoffen, dass das Ministerium zunächst einmal in Ruhe über die Vorschläge der Mitglieder des slvsh nachdenkt und dann erst umsetzt, was wirklich sinnvoll erscheint. **Es liegt eben doch in der Ruhe die Kraft.**

Stellungnahme zur PISA-Studie

- Wolf-Dieter Reiche -

Persönliche Daten:

- Studium Romanistik, Sport, Psychologie, Philosophie, Universitäten Kiel und Sorbonne Paris
- Lehrbeauftragter am Sportinstitut der Universität Kiel 1961 – 1970 und 1974 – 1978 in den Bereichen Handball, Basketball, Methodik der Spiele, Bewegungslehre und Sportpsychologie
- Nebenamtlicher Studienleiter „Sport“ am IPTS 1969 – 1978
- Lehrwart im Handballverband S-H 1968 – 1996
- Lehrwart im Deutschen Handballbund 1980 – 1990 und damit Prüfungsmitglied in der Trainerakademie
- Vorsitzender im Auftrag des Kultus- bzw. Bildungsministeriums beim 1. Staatsexamen an den Universitäten Kiel und Flensburg mit den Fächern Französisch, Philosophie und Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Philosophie 1981 – heute
- Vorsitzender bei den 2. Staatsexamen Realschullehrer
- Schulleiter an der Realschule mit Grund- und Hauptschulteil Owschlag seit 1976
- Vorsitzender des „Verbandes der Schulleiterinnen und Schulleiter an Realschulen in Schleswig-Holstein“ 1988 -1994

Ich habe diese persönlichen Daten aufgeführt, um darzustellen, auf Grund welcher Ausbildung und Erfahrungen ich meine Stellungnahme abgebe und die verschiedenen Sachverhalte bewerte. Insofern kann ich die in dem Begleitbrief zur Studie auf Seite 4 vertretene Auffassung der Ministerin „Schuldzuweisung oder die Abwälzung von Verantwortung...“ nicht akzeptie-

ren, insbesondere wenn es sich um die Darlegung von bestimmten Entwicklungen im Bildungswesen der vergangenen Zeit handelt. Aristoteles hat in seiner „Politeia“ verlangt, dass der Politiker wie ein guter Arzt sei. Der erste Schritt einer ärztlichen Untersuchung ist jedoch eine ehrliche Anamnese. Erst vor diesem Hintergrund können Untersuchungen mit Analysecharakter

und daraus folgend erst Diagnosen erstellt werden. Demnach ist es wissenschaftlich unzulässig, Vorschläge zur Verbesserung oder Reform anzubieten, ohne die vorherigen Schritte einzuhalten. Ich kenne keinen Arzt, der mit Blick auf ein gutes Antihistaminikum bei einem Patienten Schnupfen diagnostiziert, obwohl dieser Patient Krebs hat. Dieser Eindruck entsteht allerdings bei der Durchsicht der ersten Stellungnahmen, die in den Medien veröffentlicht wurden.

1. Einen entscheidenden Grund für die sich ständig verschlechternden Schulleistungen der 15-jährigen sehe ich unter anderem in der stetig schlechter werdenden Unterrichtsversorgung in den weiterführenden Schulen. Bereits 1989 wurde durch den „März-Erlass“ die bislang verbindliche Stundentafel aufgehoben. Seitdem sind Reduzierungen in fast allen Fächern nicht nur notwendig, sondern durch die Vorgaben der jährlichen Erlasse in bestimmten Bereichen sogar gefordert. Die Schulaufsichtsbeamten werden angehalten, auf Schulleiterinnen und Schulleiter dahingehend einzuwirken, dass entweder größere Klassen zugunsten eines verbesserten Stundenangebots gebildet werden, oder bei kleineren Klassen das Unterrichtsangebot einzuschränken (siehe Anlage 1)

2. In der PISA-Studie werden zwar in verschiedenen Diagrammen die Ergebnisse der Sonderschulen ausgewiesen. Für das Land Schleswig-Holstein gilt allerdings faktisch, dass nur wenige Klassen mit 15-jährigen, die auf Grund einer sonderpädagogischen Prüfung für Lernbehinderte eingerichtet wurden, bestehen. Erklärte Absicht des Bildungsministeriums ist jedoch die integrative Beschulung von Lernbehinderten, sofern die Eltern dies nur wünschen. Die Zahl dieser Schülerinnen und Schüler nimmt an den Hauptschulen ständig zu, erschwert auch wegen der Verhaltensauffälligkeiten

den Unterricht und senkt damit verständlicherweise das gesamte Leistungsniveau.

3. Bemerkenswert erscheint mir außerdem folgende Beobachtung: Auf Seite 4 wird unter der Rubrik „Inhalt“ als Punkt zwei darauf hingewiesen, dass die Definition der „Lesekompetenz“ nicht nur die Beherrschung des im Curriculum vorgesehenen Lernstoffes, sondern auch wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten, die man im Erwachsenenleben benötigt, umfasst. Auf Seite 13 wird dann unter den „Mittelwertunterschieden“ bei Punkt vier aufgezeigt, dass die Differenz zu den Schülern anderer Länder bei der Lesekompetenz insbesondere bei den Bereichen Reflektieren und Bewerten groß ist. Diese beiden Aspekte sind jedoch in den Lehrplänen unseres Landes nicht erwähnt und werden gegenüber der „kommunikativen Kompetenz“ vernachlässigt. Eine persönliche Beobachtung und nicht repräsentative Auswertung an unserer Schule mag dies verdeutlichen. Seit mehr als 20 Jahren werden beim Realschulabschluss für die schriftliche Arbeit im Fach Deutsch drei Themen zur Auswahl gestellt. Es handelt sich dabei um eine Textinterpretation (Gedicht, Kurzgeschichte, Novelle), eine dialektische und eine lineare Erörterung. Während nur etwa 20 % der Prüflinge die mehr handwerkliche Textinterpretation wählen, schreiben mehr als 70 % der Abgangsschüler eine dialektische Erörterung. Das Entwickeln, die logische Aufeinanderfolge von Gedanken sowie der wertende Aufbau von Argumenten bis hin zu einer klaren Schlussfolgerung wird kaum gewählt und nur selten beherrscht. Ähnliche Beobachtungen konnte ich bei den Hausarbeiten und den Beurteilungen der Klausuren zum ersten Staatsexamen machen, unabhängig von den Fachbereichen. Die Einschränkungen bei den Bewertungen durch die Dozenten bezogen sich schwerpunktmäßig auf die Reflexio-

nen, Bewertungen und Schlussfolgerungen.

4. Zu den Auswertungen und Erkenntnissen bezüglich der „Mathematischen Grundbildung“ auf Seite 20 möchte ich folgende Anmerkungen machen: Die Ergänzungen der nationalen Mathematikexpertengruppe halte ich für wesentlich und durchaus berechtigt. Die im deutschen Mathematikunterricht vorherrschende Kalkülorientierung ist gerade bei der Verwendung von Taschenrechnern bzw. Computern äußerst wichtig. Um so mehr verwundert es mich, dass in der letzten Zeile auf der gleichen Seite auch die Berücksichtigung technischer Fertigkeiten verlangt wird. Offensichtlich muss es sich um „rechentechnische Fertigkeiten“ handeln, da ja andererseits lediglich an die manuelle Handhabung von technischen Hilfsmittel gedacht sein könnte.

5. Bei den Aussagen zur „Naturwissenschaftlichen Grundbildung“ halte ich für besonders bemerkenswert, dass das Interesse in anderen Ländern an diesem Wissenschaftsbereich größer ist, weil eine Aufsplitterung in drei Fächer - Biologie, Physik, Chemie - nicht vorgenommen wird und beispielsweise in Frankreich die Bedeutung des Unterrichtsfaches „sciences naturelles“ allein schon wegen der größeren Anzahl der hierin erteilten Wochenstunden von insgesamt vier dem Umfang der Wochenstunden im Fach Mathematik voll entspricht. Hier sollten Reformüberlegungen im deutschen Schulwesen auch mit Blick auf eine einheitliche europäische Regelung ansetzen.

6. Besonders beeindruckend finde ich die Aussagen zu den Untersuchungsergebnissen in Bezug zu Kindern aus Migrationsfamilien. Hier möchte ich auf folgende Beobachtungen aufmerksam machen:

- In seinen Untersuchungen „Wie wirksam ist kompensatorische Er-

ziehung?“ kommt der Autor Urie Bronfenbrenner zu dem Ergebnis, dass bei Lerndefiziten die wirksamsten Hilfen im außerschulischen Bereich, vorrangig in der Familie ansetzen müssen. Kinder nichtdeutscher Muttersprache sollten infolgedessen zusätzliche, außerschulische Förderung erhalten. Entsprechende Anträge zur Bewilligung der erforderlichen Geldmittel müssen an die zuständigen Ämter für „wirtschaftliche Jugendhilfe“ gestellt werden. Voraussetzung für die Gewährung dieser Geldmittel sind Fördermaßnahmen der Schule. Der Umfang der zu erteilenden Förderstunden – pro Kind 4 Wochenstunden – konnte durch die Zusammenfassung mehrerer Schülerinnen und Schüler in Kleingruppen reduziert werden, ohne dass dadurch die Zuweisung der Geldmittel für eine außerschulische Förderung gefährdet gewesen wäre.

- Zur Zeit haben wir an unserer Schule bei einer Gesamtschülerzahl von 544 an der Grundschule 4 Kinder, an der Hauptschule 3 Jungen und Mädchen und an der Realschule 6 Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache. Anträge auf wirtschaftliche Jugendhilfe für die Erteilung außerschulischer Fördermaßnahmen wurden im Oktober 2001 mit der Begründung abgelehnt, dass das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in einem Erlass vom 4. 7. 2001 die Vorgaben der Gewährung von Mitteln aus dem Garantiefond mit Wirkung vom Schuljahr 2001/2002 verschärft hat. Demnach müsste ich für die 13 Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Muttersprache an unserer Schule jeweils 4 Wochenstunden Förderunterricht, insgesamt also 42 Lehrerstunden aus dem zugeteilten Deputat erteilen. Das entspricht dem Stundenumfang

zweier vollständiger Grundschulklassen. Eine zusätzliche Zuweisung von Lehrerstunden erfolgte bei einem derart geringen Prozentsatz betreffender Jugendlicher nicht. Als Konsequenz entfällt auch die Gewährung der Geldmittel aus dem Garantiefond.

7. Verwundert hat mich allerdings die Schlussfolgerung auf Seite 7, letzter Absatz, bezüglich der Testmotivation. Jeder Wissenschaftler, der sich mit den Grundlagen der Motivationspsychologie beschäftigt hat, weiß, dass eine intrinsische bzw. primäre Motivation – und das entspricht der Annahme, an einer internationalen Schulleistungsstudie teilzunehmen – stärkere Leistungsbereitschaft bewirkt, als eine extrinsische bzw. sekundäre Motivation, wie es bei Benotungen oder äußeren Bedingungen der Testsituation der Fall wäre. Entsprechende Befragungen und Auswertungen hätte man sich sparen können, es sei denn, man wollte altbekannte Erkenntnisse der Psychologie erneut beweisen.

8. Auf Seite 4 ihres Begleitschreibens fordert die Ministerin unter Punkt 3 eine Verbesserung der Professionalität, insbesondere hinsichtlich methodischer und fachdidaktischer Fähigkeiten von Lehrerinnen und Lehrern, sowohl in einer praxisnahen Erstausbildung als auch durch verpflichtende Weiterbildung. Dabei wird vergessen, dass methodisches und fachdidaktisches Wissen und Verständnis ein umfangreiches Wissen in den Feldern Entwicklungspsychologie, Motivationspsychologie und Lernpsychologie voraussetzen. Die derzeit gültige Studien- und Prüfungsordnung für die unterschiedlichen Lehrämter in Schleswig-Holstein stellt es den zukünftigen Lehrerinnen und Lehrern frei, in welchem Bereich der Erziehungswissenschaften – Pädagogik, Soziologie, Psychologie

– man im 1. Staatsexamen seinen Schwerpunkt setzen möchte. Es ist infolgedessen denkbar, dass Studenten das 1. Staatsexamen ablegen und damit in den Vorbereitungsdienst gehen, ohne während der 1. Phase irgendeine Vorlesung oder ein Seminar in Psychologie belegt zu haben. Ich halte es für unbedingt erforderlich, dass die von mir oben aufgeführten Gebiete der Psychologie verbindlich belegt und im Staatsexamen für die Lehrämter auch abgeprüft werden. Nur so kann auch die methodische sowie fachdidaktische Kompetenz zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer verbessert werden.

9. Besonders problematisch erscheint mir auch die gegenwärtige Studien- und Prüfungsordnungen für Grund- und Hauptschullehrer im Fach Mathematik zu sein. Viele Studierende für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen geben das Mathematikstudium auf oder wählen von Anfang an das zweite verbindliche Fach Deutsch. Nach ihrer Ausbildung in der 1. und 2. Phase bilden sie sich dann im Fach Mathematik weiter und unterrichten dieses Fach dann als „Neigungsfach“, ohne die entsprechenden fachdidaktischen Kenntnisse vermittelt zu bekommen. Ähnlich sieht die Situation im Fach Musik aus. Hier werden Eigenleistungen im Instrumentalspiel verlangt, die manche Interessenten veranlassen, entweder eine Musikerlaufbahn vorzuziehen oder das Studium aufzugeben.

10. Bei genauem Durchlesen der PISA-Studie sind mir weitere Aspekte aufgefallen, denen ich unumwunden zustimmen kann. Sie sind hier nicht aufgeführt, wobei ich hoffe, dass die für die zukünftigen Schülerinnen und Schüler wesentlichen Konsequenzen zur Verbesserung der Schulleistungen gezogen werden.

Anlage 1

Entwicklung der Planstellenzuweisung an Grund- Haupt- und Realschulen im Kreis Rendsburg-Eckernförde:

	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen
1992/93 Planstellen pro Klasse (Erlass vom 1.6.1992)	0,84	1,19	1,29
1993/94	Erstmals wird eine Planstellenzuweisung pro Schüler vorgenommen, da befürchtet wurde, dass die Schulen bewusst kleine, aber viele Klassen bilden würden, um eine bessere Lehrerversorgung für die Schule zu erreichen. Der März-Erlass von 1993 sah für die kombinierten Systeme noch eine einheitliche Messzahl vor.		
	0,0577	0,0577	0,0577
1994/95	Die „ungerechte Zuteilung“ an die kombinierten Systeme gegenüber den übrigen Schulen wird aufgehoben. Es folgt in den nächsten Jahren eine einheitliche Zuweisung.		
	0,03454	0,05024	0,05468
1995/96	0,03460	0,04902	0,05177
1996/97	0,03334	0,04639	0,05053
1997/98	0,03463	0,04044	0,04915
1998/99	0,03372	0,04038	0,04922
1999/2000	0,03366	0,03918	0,04717
2000/01	0,03240	0,04686	0,04728
2001/02	0,03254	0,04239	0,04536

Die Entwicklung dieser Zahlen zeigt folgendes:

- Die Zuweisung an die Grundschulen blieb annähernd konstant. Der leichte Anstieg 1997/98 wurde mit den zunehmenden Zahlen der Grundschüler begründet. Wesentliche Änderungen sind nicht zu beobachten.
- Die Zuweisung an die Hauptschulen sank ständig. Lediglich im Schuljahr 2000/2001 wurde be-

wusst eine Verbesserung vorgenommen. Die Absichtserklärung der Ministerin dazu lautete:
Stärkung der Hauptschulen.

- Besonders auffällig ist das stetige Absinken der Messzahl für den Bereich der Realschulen. Die unwesentliche „Steigerung“ im Jahr 2000/01 betrifft lediglich die vierte und fünfte Stelle hinter dem Komma und geht entscheidend zu Lasten der Grundschulen.

Erfurt – Reaktionen des ASD (Allgemeiner Schulleitungsverband Deutschlands)

- **Pressemitteilung vom 26. April 2002**

Fassungslos und zutiefst betroffen haben wir von den Ereignissen des heutigen Tages am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt gehört. Wir sprechen den Opfern und deren Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl und unsere Anteilnahme aus.

Möge dieser entsetzliche Amoklauf zu einer nachhaltigen Diskussion über die grundlegenden Werte unserer Gesellschaft führen. Vorschnelle Forderungen nach einem Mehr an Sicherheit und Überwachung in Schulen sind hier sicher der falsche Weg, wenn man auch diesen Aspekt in den Diskussionen nicht ausklammern sollte. Dennoch wird dies die vorrangigste Frage der besorgten Elternschaft sein. Unser Hauptaugenmerk sollte jedoch darauf gerichtet sein, wie es gelingt, den Umgang mit Gewalt in unserer Gesell-

schaft zu verändern, den Blick auf ein funktionierendes, von gegenseitiger Achtung und Verantwortlichkeit geprägtes Miteinander zu richten, aber auch darauf, wie es verlässlicher gelingen kann, Hilfesuchenden und Hilfebedürftigen - Eltern, Schülern und auch Pädagogen - in angemessener Weise wirklich zu helfen.

Schule muss auch in der Zukunft sowohl ein Ort öffentlichen Lebens als auch ein Ort der Sicherheit sein. Dies kann nur durch ein gemeinsames Handeln und Gestalten aller Beteiligten und Verantwortlichen geschehen, dabei muss jeder in unserer Gesellschaft seine persönliche Verantwortung kennen und wahrnehmen!

Heike Körnig
Bundesvorsitzende

- **Brief an den Thüringer Schulleitungsverband (26. April 2002)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

fassungslos und maßlos entsetzt haben wir von den Ereignissen des heutigen Tages am Gutenberg-Gymnasium gehört. Wir sprechen Ihnen und den Angehörigen der Opfer unser tiefstes Mitgefühl und unsere Anteilnahme aus. Dies auch den Mitgliedern der Schulleitungen in Ihrem Bundesland, die durch die territoriale Nähe zum Geschehen und den persönlichen Beziehungen ungleich stärker betroffen sind als die Schulleitungsmitglieder in anderen Bundesländern.

Bei aller Frage nach dem konkreten Hintergrund eint uns doch die Sorge um die Sicherheit unserer Schüler und Kollegien, ja auch um die persönliche Unversehrtheit. Mögen wir alle die Kraft haben, gemeinsam mit den Kollegien die nötige Ausstrahlung gegenüber unseren Schülern und ihren Eltern zu haben. Aber mögen wir auch alle gemeinsam den Mut und die Kraft haben, alles zu tun und einzufordern, was eine Wiederholung dessen verhindert.

In tiefer Betroffenheit

Heike Körnig
Bundesvorsitzende

- **Brief an das Gutenberg-Gymnasium Erfurt (26. April 2002)**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Schülerinnen und Schüler,
sehr geehrte Eltern,

fassungslos und maßlos entsetzt haben wir von den Ereignissen des heutigen Tages an Ihrer Schule gehört. Wir sprechen Ihnen und den Angehörigen der Opfer unser tiefstes Mitgefühl und unsere Anteilnahme aus. Wir möchten Sie ausdrücklich ermutigen, auch in der Zukunft eine konsequente Orientierung an erstrebenswer-

ten Zielen und Werten in Ihrem Miteinander zu leben.

Mögen Sie alle miteinander die Kraft haben, das Erlebte zu verarbeiten, sich gegenseitig zu stützen und mögen die, die Hindernisse für eine Wiederholung dieser oder ähnlicher Taten nachhaltig erhöhen können, die Konsequenz haben, dies auch durchzusetzen.

In tiefer Betroffenheit

Heike Körnig
Bundesvorsitzende

- **Nicht in der Fassungslosigkeit stecken bleiben – das sind wir den Opfern des Erfurter Amoklaufes schuldig!**

In unserer ersten Stellungnahme am Tage des unfassbaren Geschehens haben wir unserer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass dies zu einer nachhaltigen Diskussion über grundlegende Werte in unserer Gesellschaft führen möge. Der Allgemeine Schulleitungsverband Deutschlands e.V. (ASD) ist bereit, an dieser Diskussion mitzuwirken.

Aus unserer Sicht gehört dazu nicht nur die Diskussion zum Waffengesetz, wenngleich es für uns nicht nachvollziehbar ist, dass junge Erwachsene, für die noch das Jugendstrafrecht Anwendung finden würde, einen Waffenschein erwerben können. Hier halten wir eine Verschärfung der Gesetzeslage, orientierend an dem Entwicklungsstand der jungen Menschen für geboten.

Gefragt ist hier selbstverständlich auch eine veränderte Betrachtungsweise von Gewalt, nicht nur in den Medien, sondern auch in den Familien und in der Politik. Die Politik sollte ernsthaft ihre Vorbildrolle hinterfragen und auch fragen, welche Formen von Gewalt sie in der internationalen Politik verbal to-

leriert bzw. gar durch aktive Taten unterstützt.

Die Hauptdiskussionspunkte müssen aus unserer Sicht jedoch im gesellschaftlichen Anspruch an Schule auf der einen Seite und den der Schule zugebilligten Rahmenbedingungen auf der anderen Seite liegen.

Welche Achtung sollen die Menschen in unserer Gesellschaft der Schule entgegenbringen, wenn selbst hochrangige Politiker die wesentlichen Gestalter von Schule, die Lehrer, als 'faule Säcke' bezeichnen dürfen? Junge Menschen werden hier nicht hinterfragen, welche aktuellen Kenntnisse und Fakten den Politiker zu seiner Aussage bewegen. Sie werden nicht erkennen, dass es hier im Wesentlichen persönliche Erfahrungen und Erinnerungen sein mögen, die zu einer Diffamierung einer ganzen Berufsgruppe führen. Ihre Achtung vor der täglich schwierigen Arbeit des Lehrers wird angesichts dessen eher sinken und damit auch die Hemmschwelle, Lehrern gegenüber Normen zu überschreiten.

Auch viele Eltern werden durch derartige Aussagen eher zu einer Anti- statt zu einer Kooperationshaltung ange-

regt. Ist das gewollte Aussage unserer Politik?

Von Lehrern wird sicher nicht zu Unrecht erwartet, auf Fehlentwicklungen und individuelle Probleme von jungen Menschen aufmerksam zu werden, Gefahren zu erkennen und möglichst rechtzeitig zu reagieren. Nur muss der Lehrer die nötige Zeit haben für Gespräche, Analysen von Beobachtungen, und Rückkopplungen mit anderen, die mit dem jungen Menschen befasst sind. Diese Zeit wird von der Politik nur zu häufig aus Gründen von Kostensenkung in Form von Erhöhung der Pflichtstunden oder Minderung von Anrechnungsstunden für anderweitige besondere Tätigkeiten, aber auch durch immer weitere Erhöhungen der Klassenfrequenzen eingeschränkt. Die Folgen dessen, zum Beispiel im fatalen Nichterkennen von Problemen, können nicht den Lehrern und den Schulen angelastet werden!

Deutschen Lehrkräften bieten sich derzeit, auch auf psychologischem Gebiet, viel zu wenige qualifizierte Fortbildungsmöglichkeiten. Dass es dennoch einem Lehrer im Erfurter Gutenberg-Gymnasium gelungen ist, den Täter in seiner Tat und Wut zu begrenzen, grenzt an ein Wunder bzw. an ein Höchstmaß von pädagogischem und menschlich individuellem Geschick - nicht auszudenken, wenn es dieses Wunder nicht gegeben hätte!

Dennoch werden auch in der Zukunft Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Schulleiterinnen und Schulleiter in erheblichem Maße durch ihr Handeln die Lebensläufe von Schülerinnen und Schülern beeinflussen. Damit dies sowohl den gesellschaftlichen Ansprüchen als auch den pädagogischen Grundsätzen und den Bildungszielen der Schule in Deutschland entsprechend geschieht und auch im internationalen Maßstab in angemessener Weise bestehen kann, sind vielfältige Maßnahmen und Neuorientie-

rungen notwendig. Die Diskussion nach PISA macht dies nur zu deutlich. Gerade aber auch die Diskussionen nach PISA lassen uns in andere, in der Studie erfolgreichere Länder schauen. Dabei fallen nicht nur Unterschiede im Bildungswesen auf, sondern auch sehr unterschiedliche Kompetenzen der Einzelschule und insbesondere ein erheblicher Unterschied in der gesellschaftlichen Stellung des Lehrers und des Schulleiters auf.

Im Gegensatz zu verletzenden Aussagen über eine ganze Berufsgruppe hier, haben Lehrkräfte in den skandinavischen Ländern eine äußerst geachtete Stellung in der Gesellschaft. Dass damit die Hemmschwelle für mit Erfurt vergleichbaren Taten und damit für die Sicherheit an den Schulen erheblich angehoben wird, scheint auf der Hand zu liegen.

Deutschlands Politiker werden sich entscheiden müssen zwischen dem schnellen Erreichen des Sparziels auf Kosten der Pädagogik und dem mühsamen Weg der Entstaubung deutscher Bürokratie und Regelungsdichte als mögliche Alternativsparquelle!

Aber nicht nur die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Schulleiterinnen und Schulleiter, Schülerinnen und Schüler sind in der Vergangenheit von politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht angemessen beachtet worden, sondern auch diejenigen, die Hilfe suchen, wird man in Deutschland in erschreckender Weise nicht gerecht. Es ist makaber, dass Hilfesuchende dann ohne jede Hilfe bleiben, wenn einer der Partner (Eltern oder Heranwachsende) die Hilfe ablehnt. Haben nicht die Hilfeeinrichtungen hier vielmehr die Pflicht, im Falle des fehlenden Einverständnisses des jeweils anderen Parts nach alternativen Lösungen zu suchen, die zwar nicht optimal sind, aber wenigstens dem Hilfesuchenden entgegenkommen? Dies

scheint in vielen Einrichtungen der Jugendhilfe noch nicht angekommen zu sein. Haben sie damit aber nicht eine potentielle Mitschuld an möglichen Taten?

All diese Dinge, die wir hier benennen, sind weder durch den Finanzminister noch Gott gegeben. Sie sind sehr wohl durch die Politik veränderbar. Man muss es nur wollen!

Die hier erhobenen Forderungen an die Politik dürfen jedoch auch eines nicht unberücksichtigt lassen: Erziehung der Heranwachsenden ist nicht in erster Linie Staatsangelegenheit, son-

dern Elternpflicht. Eltern müssen hier stärker als bisher in die Pflicht genommen werden, dieser Aufgabe vorrangig nachzukommen! Damit vertritt der Allgemeine Schulleitungsverband Deutschlands e.V. nicht die Auffassung, die Mütter mögen zurückkehren an Heim und Herd. Es gibt unzählige Beispiele, dass es sehr wohl gelingen kann, die Zuwendung zu den eigenen Kindern mit anderen Verpflichtungen zu koordinieren.

Heike Körnig
Bundesvorsitzende

Eine Blume für die Lehrer

- Alan Posener -

Nachdruck des Leitartikels aus dem Forum („DIE WELT“) vom Samstag, 4. Mai 2002

Der Selbstmordattentäter von Erfurt hat sich seine Opfer sorgfältig ausgesucht. Es sollten Lehrer sterben. Man hat in den Tagen danach vornehmlich an den Täter gedacht: Wie konnte ein Mensch so werden? Man sollte aber jetzt an die Opfer denken. Die Lehrer sind - neben und nach den Eltern - die tragenden Säulen der Zivilgesellschaft, die wichtigsten Erwachsenen im Leben von Kindern und Jugendlichen. Sie sind die ersten Menschen, die gegenüber dem Kind die Ansprüche der Gesellschaft formulieren und durchsetzen müssen. Gewalt gegen Lehrer ist Gewalt gegen die Gesellschaft. Ein Anschlag dieses Schreckensausmaßes gegen Lehrer ist ein Anschlag auf die Zivilisation wie die Selbstmordattentate vom 11. September.

Und doch galten nach dem 24. April die Vorwürfe - ähnlich wie nach dem 11. September - vornehmlich den Angegriffenen, vornehmlich der Gesellschaft. Auch verantwortliche Politiker sprachen in diesem Ton, als könnte man durch social engineering den Ein-

bruch des Bösen bannen. Über Robert S. kann uns vermutlich die Genetik mehr sagen als die Medienforschung; finden sich Erklärungen eher in Fehlfunktionen der Y-Chromosomen als in Fehlern der Familie und der sozialen Umwelt. Reden wir also nicht mehr vom Täter und der Gesellschaft, sprechen wir von den Opfern, von uns und vor allem von den Lehrern. Die Trauerfeier von Erfurt wäre nicht der schlechteste Anlass, an ihnen Wiedergutmachung zu leisten.

1965 stellte Theodor Adorno fest, dass die begabtesten Lehramtskandidaten zu gleich die größte Abneigung gegen den Lehrerberuf hatten. Er führte das vor allem auf das negative Bild des Lehrers in der deutschen Öffentlichkeit zurück, das er mit der "magischen Verehrung" verglich, die der Lehrer etwa im früheren China und noch heute bei frommen Juden genießt. Der Lehrer, so der Philosoph, lebe in der Volksfantasie als prügelnder Schwächling fort - auch wenn die Prügelstrafe abgeschafft ist und das autoritätshöri-

ge Katzbuckeln des Paukers und Steißtrommlers dem Gestern angehört. In einer Zeit, die zu Recht das Unternehmerische feiert, ist das Beamten-dasein der Pädagogen suspekt: sie darf ein Bundeskanzler als faule Säcke" apostrophieren und des Beifalls der nichtbeamteten Klassen sicher sein. Da sie ein Leben lang mit Minder-jährigen zu tun haben, da ihre Welt von den Schulmauern umzirkelt ist, die man als Erwachsener überwindet, gelten sie als nicht ganz realitätstauglich, gar ein wenig kindisch; und weil es unter Lehrern überproportional viele Frauen gibt, leidet der Lehrerberuf wie jeder Frauenberuf unter der Missachtung einer Gesellschaft, die Frauen nicht ganz für voll nimmt. Dort, wo es die meisten Lehrerinnen gibt, an den Grundschulen, wird am härtesten gearbeitet, sind Gehalt und gesellschaftlicher Status am niedrigsten.

Natürlich gibt es an den Schulen Pauker und Steißtrommler; es gibt auch faule Säcke und wunderliche Käuze; so etwas soll es auch bei Politikern und sogar unter Journalisten geben. Jeder weiß, wie es in der Schule besser zu machen wäre; aber Tag für Tag die Tür zur Klasse aufzumachen und das Wagnis des Unterrichtens auf sich zu nehmen, ist etwas Anderes. Wir sind für Einwanderung und die Vermittlung unserer Leitkultur. Wir sind nach TIMSS und PISA für besseren Ma-

thematik- und Deutschunterricht. Wir sind dafür, dass Schwache gefördert, Starke gefordert werden. Für Computer in den Schulen und mehr Bücherlektüre. Für die Vermittlung bewährter Werte und modernster Berufskenntnisse. Für mehr Musisches und mehr Naturwissenschaften, für mehr Disziplin und einen freundlicheren Umgang. An unseren Ansprüchen scheitern dürfen die Lehrer.

Alles Mögliche wird zur Chefsache erklärt: Der Osten, Holzmann, der Fernsehfußball. Wie wäre es, als Geste des Respekts an die Toten von Erfurt, wenn die Schule Chefsache würde? Wenn es - Kulturhoheit der Länder hin und her - einen Staatsminister im Amt des nächsten Kanzlers gäbe, dessen Aufgabe es wäre, sich darum zu kümmern, dass Lehrer und Schüler weniger an der Schule leiden. Ein undankbarer Job, zugegeben. Wie der Lehrerberuf.

In der DDR gab es zur Jugendweihe den Brauch, dass die Schüler ihren Lehrern dankten, oft mit einer Blume. Ein Ritual, ja, aber auch von Ritualen lebt eine Gemeinschaft. Hiermit sei also den 13 toten Lehrern von Erfurt - und ihren Kollegen überall im Land - eine dankbare BLUME gereicht.

Den Autor erreichen Sie unter:
posener@welt-de

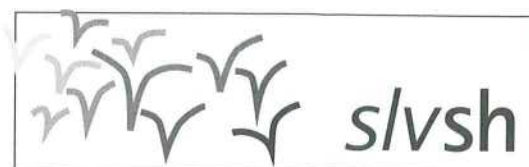
Der
s/vsh
mit
eigener
homepage
im
Internet

Aktuelle Informationen,
Wichtiges aus der Verbandsarbeit, Tagungstermine,
die neueste Zeitung, Archiv, Links und vieles mehr fin-
den Sie auch auf unserer homepage:

<http://www.slvsh.de>

Schauen Sie doch einfach mal rein !

Mehr **Zeit** für gute Schule



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e. V.

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist **die Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 420 Mitglieder an.

Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o. g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft **WIR-GEFÜHL**, da im Kern **alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich** ist !

Gemeinsam sind wir stärker !

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

Postfach 1335 - 25536 Brunsbüttel

BEITRITTSERKLÄRUNG zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. – s/vsh –

Name	Vorname	Geb. Datum

Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständ. Schulam

Name und Anschrift der Schule

Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax

Privat-Anschrift

Ort, Datum	Unterschrift

Ich bin damit einverstanden, daß der monatliche Beitrag von DM 10,- einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer

Eintrittsdatum	Unterschrift

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich! Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns!

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit:

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben):

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Vorstand

Funktion	Name	Anschrift (dienstlich)	Telefon (dienstlich)	Fax (dienstlich)	Anschrift (privat)	Fax (privat)	Telefon (privat)	e-mail
1. Vorsitzender	Michael Dopcke	Grundschule Kaltenweide Amandastr. 42 25335 Elmshorn	04121-84278	04121-82972	Brickenek 3 25479 Ellerau	04106-78867	04106-73762	michael.dopcke @t-online.de
Geschäftsstelle	Klaus-Ingo Marquardt	Grundschule Wattenbek Schulstr. 6 24582 Wattenbek	04322-5650	04322-691493	Pommerweg 33 24562 Wattenbek	04322-88 89 22	04322-2362	klaus.marquardt @t-online.de
Stv. Vorsitzender	Maren Böddener	Mooreggschule Breiter Weg 57-67 22880 Wedel	04103-912170	04103-9121720	Ansariusweg 22a 22880 Wedel	04103-912987	04103-88243	maren.boeddener @gmx.de
Stv. Vorsitzender	Walter Rossow	Geschwister-Scholl-Schule Schulstraße 6 25355 Barmstedt	04123-68310	04123-683121	Wacholderweg 27 25462 Reilingen	04101-372782	04101-372780	walter.rossow @t-online.de
Stv. Vorsitzender	Hans Jörg Rickert	Realschule mit HS-Teil Fasanenweg 5 25826 St.Peter-Ording	04863-9150	04863-9151	Böhler Landstraße 97 25826 St.Peter-Ording		04863-3605	
Schatzmeister	Reinhard Einfeldt	Wilhelmenschule Lutherstraße 11 24837 Schleswig	04621-25029	04621-989965	Möwenweg 8 24837 Schleswig	04621-24767	04621-9990024	einfeldt @foni.net
Schriftführer	Günter Orgis	RS im SchZ Heide-Ost Friedrich-Eivers-Str.7 25746 Heide	0481 - 8508630	0481 - 8508615	Reimer-v.-Wiemerstadt-Str.5 25746 Heide	0481 - 82266	0481 - 82244	guenter.orgis @gmx.de
Beisitzer	Manfred Helmert	Theodor-Heuss-Realschule Casthlenweg 4 24211 Preetz	04342-1028	04342-1029	Havelzeile 8 24111 Kiel		0431-697979	
Beisitzer	Hans Stacker	G-und HS Tarp Schulstraße 6 24963 Tarp	04638-894614	04638-894623	Hermann-Löns-Weg 21 24939 Flensburg	0461-5090221	0461-12392	ghstarp@foni.net die.staekers@foni.net
Beisitzer	Nora Siegmund	Gerhard-Hauptmann-S. Große Ziegelstr.62 24148 Kiel	0431-722933	0431-721069	Radebrook 2 24147 Kiel	0431-7859171	0431-787894	nora.siegmund @t-online.de
Beisitzer	Olaf Peters	Gorch-Fock-Schule Mürwiker Str. 7 24376 Kappeln	04642-984600 04642-9846029	04642-9846016	Heisterweg 11 24392 Süderbrarup		04641-933146	olaf.pet@t-online.de gorch-fock-schule.kappeln@t-online.de
Beisitzer	Ragna Bordel	Grundschule Laboe Schulstraße 1 24235 Laboe	04343-4214849	04343-421 251	Bin Ramoker 8 24217 Barsbek		04344-414878	Borlaboe @aol.com
Beisitzer	Rolf Jacoby	Realschule Keiltinghusen Danziger Str. 40 25548 Keiltinghusen	04822-376710	04822 - 376715	August-Kühl-Straße 84 24576 Bad Bramstedt		04192-897440	a.r.jacoby @t-online.de

Arbeitskreis Stellvertreter

- Klaus-Ingo Marquardt -

Die im s/vsh zusammengeschlossenen Stellvertreterinnen und Stellvertreter machten bei ihrem Halbjahrestreffen am 5. Juni 2002 in Bad Bramstedt ihrem Unmut Luft und beklagten einhellig die teilweise unzumutbare Behandlung der neu eingesetzten Konrektorinnen und Konrektoren durch den Dienstherren. So sind Stellvertreter teilweise länger als ein Jahr in ihrem Amt, ohne die dafür zustehende Bezahlung zu erhalten. Das wurde offen als Ausbeutung bezeichnet.

Bevor Abgeordnete ohne mehr zu arbeiten ihre Diäten erhöhen, sollten zuerst einmal die Beschäftigten den ihnen zustehenden Lohn erhalten.

Der AK Stellvertreter fordert die Ministerin auf, diese indiskutable Vorgehensweise zu beenden und den Stellvertreterinnen und Stellvertretern das zu geben, was ihnen zusteht.

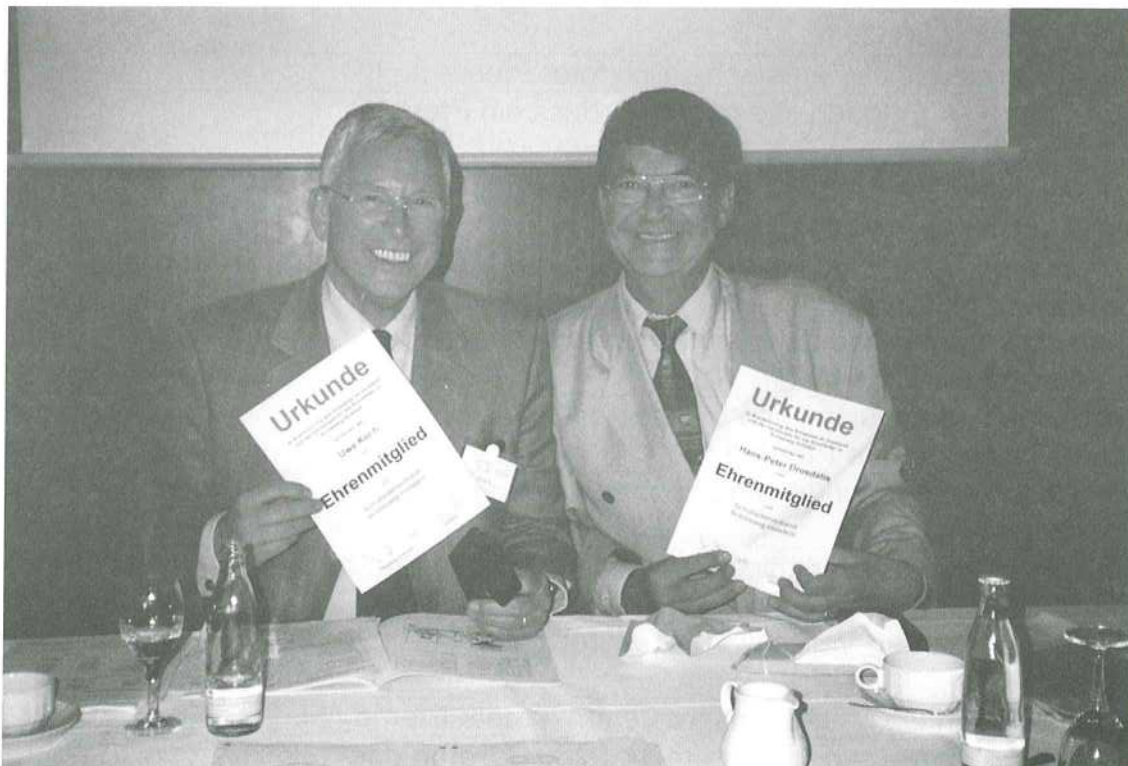
Im Nachrichtenblatt 1998 Seite 56 sind Funktion und Aufgaben der Stellvertre-

ter beschrieben. Um den darin aufgeführten Anforderungen gerecht werden zu können, fordern die Mitglieder des AK Stellvertreter:

- Leitungszeit im Umfang der Hälfte der Leitungszeit von Schulleitern
- Den Titel Konrektor für alle Stellvertreter
- Zusätzliche Leitungszeit für den Stellvertreter bei regelmäßiger Abwesenheit des Schulleiters in seiner Funktion als Seminar- oder Studienleiter
- Fortbildungsangebote für Stellvertreter in Hinblick auf eine Bewerbung als Schulleiter im Rahmen des TUF.

Der AK Stellvertreter trifft sich zwei Mal im Jahr.

Das nächste Treffen ist für Mittwoch, den 27. November 2002 vorgesehen.



Die letzte ...? - Das Letzte !

- Walter Rossow -

Nach der Pisa-„Katastrophe“ – die uns alle so **völlig unvorbereitet** traf – machten sich die deutschen Kultusministerien auf, nach möglichen Fehlern zu suchen und den **Weg** bzw. die Wege aus dem Dilemma zu finden. Da sie

dabei bis heute so gut wie nicht fündig geworden sind, hier eine kleine – im Internet gefundene – Hilfestellung! Der freie Platz rechts ist für Anmerkungen des Hauses bzw. der Häuser gedacht!

Es gibt Weisheiten und Lösungsstrategien für Probleme ...	
<i>Eine Weisheit der Dakota-Indianer lautet:</i>	
<i>Wenn du merkst, dass du ein totes Pferd reitest, steig ab !!!</i>	
Doch im Berufsleben (ver)suchen wir oft andere Strategien, nach denen wir handeln ...	
... wir besorgen uns eine stärkere Peitsche !!!	
... wir wechseln die Reiter !!!	
... wir sagen, so haben wir das Pferd doch immer geritten !!!	
... wir gründen einen Arbeitskreis, um das Pferd zu analysieren !!!	
... wir besuchen andere Orte, um zu sehen, wie man dort tote Pferde reitet !!!	
... wir erhöhen die Qualitätsstandards für den Beritt toter Pferde !!!	
... wir bilden eine Task-Force, um das Pferd wiederzubeleben !!!	
... wir kaufen Leute von ausserhalb ein, die angeblich tote Pferde reiten können !!!	
... wir schieben eine Trainingseinheit ein, um besser Reiten zu lernen !!!	
... wir stellen Vergleiche unterschiedlich toter Pferde an !!!	
... wir ändern die Kriterien, die besagen, dass ein Pferd tot ist !!!	
... wir schirren mehrere tote Pferde gemeinsam an, damit wir schneller werden !!!	
... wir erklären: Kein Pferd kann so tot sein, dass man es nicht mehr reiten kann !!!	
... wir machen eine Studie, um zu sehen, ob es bessere oder billigere Pferde gibt !!!	
... wir erklären, dass unser Pferd besser, schneller und billiger tot ist als andere Pferde !!!	
... wir bilden Qualitätszirkel, um eine Verwendung von toten Pferden zu finden !!!	
... wir richten eine unabhängige Kostenstelle für tote Pferde ein !!!	
... wir vergrößern den Verantwortungsbereich des toten Pferdes !!!	
... wir entwickeln ein Motivationsprogramm für tote Pferde !!!	
... wir strukturieren um, damit ein anderer Bereich das tote Pferd bekommt !!!	

Schulleiterverband Schleswig Holstein
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27, 25462 Rellingen
DPAG, Postvertriebsstück

Druck:
Druck & Grafikstudio Menne GmbH, 23552 Lübeck

PVSt. DPAG Entg. bez. C 12646
000275*00019*

Herrn
Uwe Niekief
Waldstr. 98
25712 Burg

Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen Aufgaben anpacken Probleme lösen

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27
25462 Rellingen

Verantwortlich:
Walter Rossow

Auflage:
700 Exemplare
(Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten)

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Für namentlich
gekennzeichnete Beiträge ist
der/die Unterzeichnende verantwortlich

